

ZEITGEMÄSSE WOHNFORMEN

INNOVATIVE PROJEKTE VON UND FÜR FRAUEN

Fachtagung am 14.03.2002
TU Braunschweig



DOKUMENTATION

Planerinnentreffen
Braunschweig

ZEITGEMÄSSE WOHNFORMEN

INNOVATIVE PROJEKTE VON UND FÜR FRAUEN

Fachtagung am 14.03.2002
TU Braunschweig

DOKUMENTATION

Planerinnentreffen
Braunschweig

Impressum

Herausgegeben von

Planerinnentreffen Braunschweig
In Kooperation mit der Stiftung Leben und Umwelt



Dipl. Ing. Juliane Krause, plan&rat
Georg-Westermann-Allee 23a
38104 Braunschweig
Tel: 0531 / 798203
Fax: 0531 / 77843
Email: krause.plan-und-rat@t-online.de

Bearbeitung und Layout

Nicole Mund
Lieselotte B. Becker-Gmahl

Braunschweig, Juni 2002

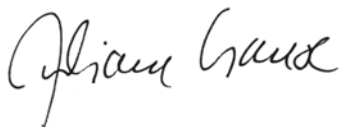
Frauen wollen anders wohnen – aber wie?

Je mehr wir – die Aktivistinnen vom Planerinnentreffen Braunschweig – uns mit dieser spannenden Frage beschäftigten, um so deutlicher wurden uns, dass zeitgemässe Wohnformen und innovative Wohnprojekte vorrangig von Frauen eingefordert werden. Frauen entscheiden sich zunehmend für differenzierte Wohnformen, die ihren persönlichen Lebenslagen und Lebensphasen gerecht werden. Der Wunsch nach selbstbestimmtem Wohnen – in der Regel in städtisch erschlossener Lage – geht einher mit dem Verantwortungsbewußtsein für eine nachbarschaftliche Gemeinschaft und der Bereitschaft zu gegenseitiger Unterstützung. Darüberhinaus leisten diese Wohnprojekte wichtige Denkanstöße zur Diskussion innerstädtischer Wohnformen und geben Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung und städtische Kultur.

Unser Anliegen ist auch, ein innovatives Frauenwohnprojekt in Braunschweig zu initiieren und fachlich zu unterstützen. Was lag da näher, als Fachleute und ExpertInnen von bereits existierenden innovativen Projekten, von oder für Frauen geplant, zu einer Fachtagung einzuladen, um Genaueres über das "Wie" zu erfahren. Anhand von geplanten und realisierten Beispielen werden Wohnmodelle vorgestellt, die für verschiedene Nutzerinnengruppen unterschiedliche Schwerpunkten und Ansätze aufgreifen und diese unter verschiedenen Rahmenbedingungen verwirklichen.

Wenn es uns mit der Fachtagung und der vorliegenden Dokumentation gelingt, Sie als InitiatorIn eines zukünftigen Frauenwohnprojektes oder als potenzielle Bewohnerin bzw. Sie als EntscheidungsträgerIn aus Politik und Verwaltung oder als VertreterIn eines Wohnungsunternehmens dafür zu gewinnen, ein Frauenwohnprojekt in Braunschweig oder anderswo zu unterstützen, dann hat sich unsere Mühe gelohnt.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen mit der Lektüre!



Juliane Krause
Planerinnentreffen

Braunschweig, Juni 2002

Inhalt

Grusswort	Dr. Gitta Trauernicht Niedersächsische Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales In Vertretung: Dr. Ursula Aumüller-Roske Abteilungsleiterin Frauen	7
Begrüssungen	Brigitte Doetsch Universitätsfrauenbeauftragte	9
	Lieselotte B. Becker-Gmahl Planerinnentreffen Braunschweig	11
Einführung	Maybritt Hugo Frauenbeauftragte der Stadt Braunschweig	13
Fachreferate	Dr. Josef Bura STATTB AU Hamburg Gemeinschaftliche Wohnformen für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung	17
	Sabine Rebe Hannover Innovative Wohnformen für Frauen	27
	Elinor Schües Planerkollektiv Hamburg Bauen für und mit Frauen, Ein Werkstattbericht	37
Fallbeispiele	Stefanie Brinkmann-Gerdes GSG Oldenburg „Frauen planen für Frauen und Familien“	45
	Dieter Mattern „Gemeinsam statt einsam“, Verein für soziales Wohnen e.V., Hannover Wohnen auf dem Kronsberg	51
	Ruth Balden München FrauenWohnen e.G. München	59

Anhang

Tagungsablauf	67
Podiumsdiskussion	69
Fotos	71
Vorstellung des Vereins FrauenWohnen Braunschweig	73
Presseberichte	75
Die ReferentInnen	79
Literaturhinweise	81
Hinweise, und Adressen	83



Grusswort

Dr. Ursula Aumüller-Roske

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen anlässlich Ihrer Fachtagung die Grüße der niedersächsischen Frauen- und Sozialministerin Frau Dr. Trauernicht übermitteln, die wegen des parallel tagenden Landtagsplenums nicht persönlich anwesend sein kann.

Wie viele von Ihnen wissen, haben wir das Thema "Wohnen und Bauen aus Frauensicht" schon im ehemaligen Frauenministerium intensiv bearbeitet. Ich erinnere nur an die Fachtagungen und Broschüren, mit denen wir vor allem die lokalen Akteurinnen vor Ort, d.h. die kommunalen Frauenbeauftragten, Fachfrauen und Politikerinnen zu unterstützen versucht haben, da das Einbringen von Frauenbelangen in Planungsprozesse im Wesentlichen nur auf kommunaler Ebene vollzogen werden kann.

Die beiden Handreichungen "Bauen und Wohnen aus Frauensicht – Alternativen im sozialen Wohnungsbau" und "Bebauungspläne aus Frauensicht" haben sich einer großen Nachfrage er-

freut und sind heute längst vergriffen. Noch unter der Ägide des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales wurden die Handreichung "Freiräume im Alltag von Frauen" und die Tagesdokumentation "Wohnen und Bauen aus der Sicht von Familien und Frauen" herausgegeben.

Zu meiner Freude entnehme ich dem Programmablauf, dass heute auch zwei Projekte vorgestellt werden, zu deren Gelingen wir auch ein bisschen beitragen konnten. Bei dem Projekt, über das Frau Brinkmann-Gerdes berichten wird, haben wir seinerseits den Architektinnenwettbewerb finanziell unterstützt.

Ebenso wurde vom Sozialministerium eine Studie zu diesem Projekt in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse inzwischen vorliegen und die – wie ich höre – sehr aufschlussreich sind. Auch zur Auswertung der dokumentierten Frauenwohnprojekte, die Frau Rebe nachher erläutern wird, hat das Ministerium durch finanzielle Unterstützung beitragen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Erkenntnis, dass in den letzten Jahrzehnten eine Ausdifferenzierung der Lebensstile stattgefunden hat, die eine entsprechende Differenzierung der Wohnbedürfnisse nach sich zog, ist nicht mehr neu. Indiz dafür sind die vielfältigen Initiativen im Wohnbereich, die unter Titeln wie "Junges Wohnen", "Wohnen im Alter", "Generationsübergreifendes Wohnen", "Wohnen ohne Auto" oder auch "Familienfreundliches Wohnen" firmieren. Solchen Wohnprojekten ist gemeinsam, dass sie die mit den gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen einhergehende Isolation der Menschen mit Wohnformen, die mehr Gemeinschaftlichkeit erlauben, durchbrechen möchten. Auch bei einer Vielzahl von inzwischen realisierten Bauvorhaben, die mit dem Anspruch auftreten, die Belange von Frauen ausdrücklich zu berücksichtigen, standen solche Wünsche Pate.

Viele Frauen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zusammengetan, um gemeinsame Wohnprojekte umzusetzen. Oft ging es nicht nur um gemeinsames Wohnen, sondern auch um gemeinsames Arbeiten. Die Entfremdung zwischen Arbeit und Leben sollte aufgehoben werden. Dafür wurden Räume gebraucht, in denen beides möglich war und die möglichst auch noch Platz boten für Kunst, Kultur und Kinderbetreuung. Die letztere zu vergesellschaften war wichtig, um den Frauen mehr Zeit für berufliche und sonstige Interessen zu verschaffen. Die Idee der Entlastung durch wechselseitige Kinderbetreuung stand insbesondere bei Wohnprojekten für allein Erziehende im Vordergrund.

Architektur, Städte- und Wohnungsbau sind für Frauen gerade dann von besonderer Bedeutung, wenn sie Kinder zu versorgen haben und zudem noch

erwerbstätig sind, weil die räumlichen Gegebenheiten mit darüber entscheiden, mit welchen Schwierigkeiten bei der Bewältigung der täglichen Aufgaben sich Frauen auseinander zu setzen haben. Eine alltagstaugliche Architektur und Bauweise, eine kindertaugliche Wohnumfeldgestaltung ebenso wie eine wohnungsnahe bedarfsgerechte Infrastruktur können das Leben erheblich erleichtern. Hier setzt die Kritik vieler Architektinnen und Planerinnen an herkömmlichen Wohnungszuschnitten an, denen eine Tauglichkeit für den täglichen Aufwand an Haus- und Familienarbeit abgesprochen wird. Die Herausforderung eines frauengerechten Wohnungsbaus bestand insofern vor allem darin, Grundrisse zu entwickeln, die je nach Bedarf unterschiedlichen Nutzungen flexibel angepaßt werden können.

Rückblickend betrachtet haben Frauenwohnprojekte vielfältige Pionierfunktionen ausgeübt: nicht nur die Vorteile nutzungsneutraler Grundrisse wurden wiederentdeckt und diesen zum Wiedereinzug in die moderne Architektur verholfen. Auch das Experimentieren mit variablen Grundrissen hat inzwischen einige Nachfolger gefunden. Frauenwohnprojekte gehören zudem zu den Vorreitern des sog. "Themenwohnens", das sich als Reaktion auf die Ausdifferenzierung der Lebensstile zu entfalten beginnt. Auch wenn Frauen aufgrund ihrer Heterogenität nicht gerade eine "marktfähige" neue Zielgruppe für die Wohnungswirtschaft abgeben, ist es sicher sehr lohnenswert, sich mit der kreativen Umsetzung weiblicher Wohnerkenntnisse sowie Architektur- und Planungsvisionen näher zu befassen und ihre Gültigkeit für den allgemeinen Wohnungsbau zu prüfen.

In diesem Sinne wünsche ich der Tagung im Namen von Frau Ministerin Dr. Trauernicht viele interessante Ergebnisse und gutes Gelingen.



Begrüßung

Brigitte Doetsch

Herzlich Willkommen in der Technischen Universität Braunschweig.

„Was lange währt, wird endlich gut.“
oder „Gut Ding braucht Weile!“

Bereits in den ersten Wochen meiner Amtszeit als Universitätsfrauenbeauftragte wurde ich angefragt, ob ich eine Tagung zum Thema Frauen planen Lebensräume, unterstützen würde: „Ja, herzlich gerne“ habe ich dann in den Gesprächen mit dem damaligen Dekan des Fachbereichs Architektur, Prof. Dr. Burkhardt, gesagt. Da ich aber erst wenige Wochen hier an der TU tätig war und ich weder die TU, noch Braunschweig kannte, war mir die Bedeutung der heutigen Tagung hier an der TU nicht bewusst.

Die TU Braunschweig ist die älteste Technische Universität Deutschlands – gegründet 1745. Seit 1909 gibt es eine generelle Genehmigung für das Studium von Frauen. Heute sind ca. 50 % der Gesamtzahl aller Studierenden Frauen und 10 % der Professuren mit Frauen besetzt. 46 % Studentinnen gibt es im Fachbereich Architektur. Von

den 16 Professuren dort, ist eine einzige mit einer Professorin besetzt, das sind 6,7%.

Aber was noch eher Handlungsbedarf aufzeigt – und mit den geringen Frauenanteile natürlich kommuniziert - sind fehlende Genderforschung und Genderstudies.

Auch im Fachbereich Architektur: Lediglich die einzige Professorin integriert in ihrem Forschungsbereich, der Architekturgeschichte, den Genderaspekt.

Als Frauenbeauftragte werde ich neidisch, wenn ich von den Aktivitäten und Angeboten anderer Universitäten lese – auch in der Architektur:

- Frauenzentrierte Aspekte auf den Städtebau
- Frauen, Versorgungsarbeit und Raumentwicklung
- Frauengerechte Stadt- und Bauleitplanung
- Bedeutung und Chancen Regionaler Netzwerke von Frauen

- Raumaneignung aus geschlechts-differenzierender Sicht
- Unternehmerinnenzentren
- Frauenwohnprojekte in Deutschland
- Frauen und Architektur
- Gesellschaftliche Rolle und soziale Nutzung öffentlicher Räume
- Nachhaltige Raumentwicklung und Geschlechtergerechtigkeit - usw. usw.

Nach zwei Jahren als Frauenbeauftragte an der TU macht sich aber mein „**Räumen und gendern**“ bemerkbar (so der Titel eines Beitrages von Felicitas Konecny zum Thema: „ Baupläne zwischen Architektur, Raum, Visualität und Geschlecht“).

Was will ich damit sagen?

- Allmählich nehmen Frauen- und Geschlechterfragen „Raum ein“
- Mehrere Lehrveranstaltungen widmen sich Geschlechterthemen
- Ein Netzwerk „Geschlechterfragen aus interdisziplinärer Sicht“ hat sich konstituiert.
- Eine Gastprofessur für Frauen- und Geschlechterforschung ist beantragt.

Mit Ihrer Veranstaltung heute geben Sie ein weiteres Beispiel für den Bedarf und die Möglichkeiten von Genderforschung und Genderstudies, nämlich in der Architektur. Sie unterstützen meine Anstrengungen und „gendern“ Räume hier an der TU. Für diese **Raumergreifung** bin ich Ihnen allen, besonders den Veranstalterinnen dankbar.

Ich wünsche Ihnen allen den erwünschten Erfolg und der TU, dass sie sich von dieser Tagung motivieren lässt.



Begrüßung

Lieselotte B. Becker-Gmahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie ganz herzlich im Namen
des Planerinnentreffens begrüßen!

Das Planerinnentreffen ist ein freier Zusammenschluß von Architektinnen, Stadtplanerinnen, Fachfrauen rund um die Planung und hat sich vor drei Jahren aus Interesse am Thema "Innovative Wohnformen von und für Frauen" zusammengefunden. Zwischenzeitlich sah es fast so aus als müßten wir die Idee einer ganztägigen Fachveranstaltung zum Thema Frauenwohnprojekte begraben, weil es unsäglich schwer schien, eine tragfähige Finanzierung hinzubekommen. Alle fanden die Idee gut, aber niemand war bereit, sie finanziell mitzutragen. Erst nachdem wir die beiden Stiftungen Leben und Umwelt und die Friedrich-Ebert-Stiftung für eine Kooperation gewonnen hatten, konnten wir die Idee zu dieser Veranstaltung auch umsetzen.

Das Planerinnentreffen ist ein Netzwerk von Fachfrauen aus dem Planungsbereich, in dem wir uns austauschen, gegenseitig beraten und unterstützen, aber auch Themen der eigenen Wahl aufgreifen und bearbeiten können. An

folgenden Themen haben wir uns bereits erprobt:

- Zum Thema Wohnen fand auf unsere Anregung und mit unserer Mitwirkung eine Vortragsreihe an der TU BS (Institut Prof. Szyskowitz) statt.
- Zum Innenstadtkonzept der Stadt Braunschweig erarbeitete eine Arbeitsgruppe Stellungnahmen und Konzepte, die in einer Ausstellung oder Veranstaltung vorgestellt werden sollen.
- Wir führten mehrere Exkursionen durch zu Frauenwohnprojekten in Hannover und zur Expo-Siedlung Hannover auf dem Kronsberg.

Das Planerinnentreffen Braunschweig ist vernetzt mit den Planungsfachfrauen Hannover und der Fachgruppe Frauen der SRL (Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung). Wir arbeiten mit im 8.-März-Bündnis und beraten den neu gegründeten Verein FrauenWohnen Braunschweig. Wir treffen uns regelmäßig, arbeiten unkompliziert ohne jede Hierarchie und

ausgesprochen effektiv. Wir haben keine Vorsitzende und keine Satzung und doch haben wir schon eine Menge erarbeitet und entwickelt. Oder soll ich sagen: gerade weil wir frei und selbstbestimmt arbeiten, haben wir eine Menge geschafft? Egal wie: unsere Treffen machen Spaß und bringen uns großen fachlichen und persönlichen Gewinn und das ist es wohl, was diese Gruppe am Leben erhält. Ich denke, Sie werden etwas von dem Geschmack dieser Selbstbestimmung auch in den Konzepten der hier vorgestellten Frauenwohnprojekte finden.

Wenn ich sage wir arbeiten ohne hierarchische Strukturen heißt das nicht, daß wir ohne Motor auskämen. Unser Motor heißt Maybritt Hugo und ist die Frauenbeauftragte der Stadt Braunschweig. Sie hatte vor Jahren die zündende Idee das Planerinnentreffen ins Leben zu rufen und koordiniert, protokolliert, organisiert und inspiriert seither unsere Treffen. Ihr habe ich wohl auch zu danken daß ich in Braunschweig bin, denn u.a. auf ihre Überzeugungsarbeit ist es zurückzuführen, daß Braunschweig 6 Jahre lang eine Stelle Frauenbezogene Planung hat, deren Stelleninhaberin ich derzeit bin. Die Verwaltung hat vorgeschlagen, diese Stelle aus Haushaltskonsolidierungsgünden einzusparen. Für mich persönlich ist diese Veranstaltung so etwas wie ein Abschluß meiner Tätigkeit, für ein Frauenwohnprojekt Braunschweig kann und soll sie ein Startsignal oder eine Zündverstärkerin sein.

Viele haben an der Realisierung dieser Veranstaltung mitgewirkt, denen ich an dieser Stelle herzlich danken möchte. Wibke Ihlenburg-Dreeßen, Doris Noll, Bettina Brosowsky und Juliane Krause haben vor zweieinhalb Jahren das ursprüngliche Konzept mit ausgearbeitet. Frau Doetsch, Universitätsfrauenbeauftragte der TU, ermöglichte uns dieses ehrwürdige und stimmungsvolle Ambiente im Senatssaal der TU. Einen

großen Teil der organisatorischen Arbeit hat Nicole Mund geleistet, was ihr durch einen HzA-Arbeitsvertrag des Beschäftigungsbetriebs der Stadt Braunschweigs ermöglicht wurde. Dazu halfen Juliane Krause mit einem kostenlosen Arbeitsplatz in ihrem Planungsbüro und ihrem tatkräftigen Beitrag zur Organisationsarbeit sowie Heiderose Wanzelius, die uns als Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins braunschweiger forum mit Rat und Tat zur Seite stand. Gedankt sei auch dem Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz der Stadt Braunschweig und der Reprobetrieb ARCHIPLOT für das kostenlose Drucken der Plakate und Faltblätter.

Als letztes sei den drei Stiftungen für Zusammenarbeit und Unterstützung gedankt: der Ländlichen Erwachsenenbildung mit Frau Niederstrasser, der Stiftung Leben und Umwelt mit Frau Dr. Karras und die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Herrn Eckardt, der sich auch an der Durchführungsplanung und Öffentlichkeitsarbeit maßgebend und unterstützend beteiligt hat. Danken möchte ich natürlich auch den Teilnehmenden und den ReferentInnen, die trotz mancher Unwägbarkeiten im Vorfeld der Fachtagung bereit waren und sind, mit einer - noch - kleinen und unbekannten Gruppe namens Planerinnentreffen Braunschweig zusammenzuarbeiten.

Diese Tagung hat eine Größenordnung, die normalerweise von einer großen Organisation, einem Ministerium, einem Bildungsträger oder mehreren aktiven Vereinen oder Verbänden geleistet wird. Daß sich eine kleine Gruppe von Fachfrauen ein solches Projekt vornimmt und sich von keinen Schwierigkeiten davon abbringen läßt, mag vielleicht an der Überzeugungskraft der Projektidee liegen, auf die Sie sicherlich schon sehr gespannt sind.

Ich wünsche uns einen interessanten Tag.



Einführung

Maybritt Hugo

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte auf den soziologischen Hintergrund eingehen, vor dem wir uns bei Fragen zu Bauen und Wohnen heute bewegen.

1. Ein paar Zahlen

Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte steigt weiter – im Mai 2000 machten sie bundesweit einen Anteil von 36 % aus. In Großstädten ist der Anteil noch höher. In Städten über 100.000 EinwohnerInnen lag er im Mai 2000 bei 45 %, bedingt auch durch den höheren Anteil älterer Menschen.

An zweiter Stelle stehen die 2-Personen-Haushalte: Mai 2000 bundesweiter Anteil von 33,4 %. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass die meisten Menschen als Single leben. Der Eindruck der Versingelung kann entstehen, wenn Haushalte gezählt werden und nicht Personen. In Niedersachsen waren es im Mai 2000 noch 30,8 % der Bevölkerung, die in 2-Personen-Haushalten, 21,5 %, die in 4-Personen-Haushalten und 19,3 %, die in 3-Personen-Haushalten lebten.

Erst dann kommen die 1-Personen-Haushalte, in denen 16,2 % der Bevölkerung lebten.

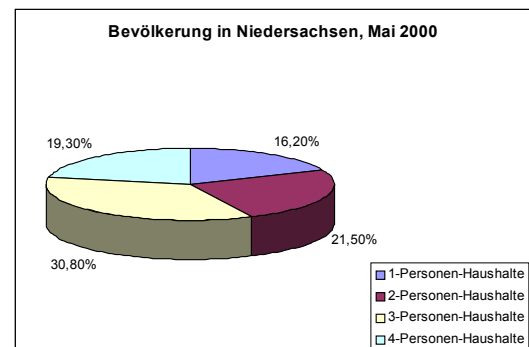


Diagramm Bevölkerung in Niedersachsen. Mai 2000

In Gemeinden zwischen 200.000 und 500.000 EinwohnerInnen in Niedersachsen sieht das allerdings ganz anders aus. Hier lebten im Mai 2000 43,8 % der Bevölkerung in 1-Personen-Haushalten (!) gefolgt von 35,2 % der Bevölkerung in 2-Personen-Haushalten. Lediglich 10,5 % der Bevölkerung lebte dort in 3-Personen-Haushalten.

Es steigt die Zahl der Haushalte, in denen keine Kinder leben. Von den 30,9 Mio. Familien, die das Statistische Bundesamt 1993 in Deutschland zählte (Ehepaare ohne Kinder, Ehepaare mit Kindern, alleinstehende Väter und Mütter mit ledigen Kindern, Alleinstehende im Sinne von „Restfamilien“ wie verheiratet, getrennt lebend, geschieden, verwitwet) sind 43,5 % Familien mit Kindern. Die Zahl der Alleinerziehenden steigt weiter: Etwa 15 % aller Familien waren es in 2001 in Deutschland. Mit Kindern leben ist eine Phase im Leben, die zeitlich begrenzt ist und dies schlägt sich auch statistisch nieder. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der älteren Menschen.

In einem Ein-Personen-Haushalt zu leben ist nicht gleichbedeutend mit einsam und allein sein. Die gelebte Beziehung kann wohnungsübergreifend sein. Dies gilt für LebenspartnerInnen, aber auch für Kinder und Eltern. Auch bei getrennten Haushalten kann der Zusammenhalt und die Unterstützung stark sein. Wenn dies mitgezählt wird, wächst zum Beispiel die Kategorie der 3-Generationen-Haushalte von 4 % auf 21 % (Bien und Marbach 1991). Aber es muss auch nicht die biologische Familie sein: Die Auflösung der biologischen Familie schafft das Bedürfnis nach einer sozialen Familie, der Wunsch nach engen Kontakten zu oder Zusammenwohnen mit Gleichgesinnten oder Personen in ähnlicher Lage.

2. Lebensveränderungen

Damit komme ich zu einigen qualitativen Aussagen, Streiflichter auf Leben und Wohnen heute.

Zwar wollen nach wie vor die meisten Frauen und Männer Kinder haben (2/3 aller Frauen gründen im Laufe ihres Lebens eine Familie und bekommen Kinder), aber „Es ist nicht mehr klar, ob man heiratet, wann man heiratet, ob

man zusammen lebt und nicht heiratet, heiratet und nicht zusammen lebt, ob man das Kind innerhalb oder außerhalb der Familie empfängt und aufzieht, mit dem, mit dem man zusammen lebt oder mit dem (oder der, M. H.) den (die M. H.) man liebt, der aber mit einer anderen zusammen lebt, vor oder nach der Karriere oder mittendrin“ (Beck).

Die Kinderzahl verringert sich, die Erziehungsphase ist im Familienzyklus kürzer geworden und nimmt, da wir heute älter werden, weniger Raum in der Lebenszeit ein. Gleichzeitig ist die Stabilität der Lebensgemeinschaften gesunken, dadurch steigt der Anteil der Ein-Eltern-Familien und sogenannter Patchwork-Familien.

Die Kernfamilie in der stilisierten Form gibt es ohnehin erst seit 150 Jahren mit Beginn der industriellen Revolution.

Neben die Kernfamilie sind heute andere Lebens- und Wohnformen getreten: Singles, unverheiratete Paare, Alleinstehende mit Kindern, Erwachsenenwohngemeinschaften mit und ohne Kinder, Familien mit erwachsenen Verwandten.

Frauen sind die Motoren bei der Entwicklung neuer Haushaltsstrukturen. Sie haben heute eine größere wirtschaftliche Eigenständigkeit und eine bessere Ausbildung. Dies gibt ihnen mehr Wahlmöglichkeiten bei der Lebensgestaltung. Aber auch weitere strukturelle Entwicklungen stehen hinter den neuen Lebens- und Wohnformen:

- die Liberalisierung der Moralvorstellungen
- der gestiegene Wohlstand und Ausbau sozialstaatlicher Sicherungen, der auch jüngere Menschen eigenen Wohnraum ermöglicht
- längere Ausbildungszeiten mit (wenn geplanter) verschobener Familiengründung.

Wichtige Impulse haben sich außerdem sicher aus der Hausbesetzerbewegung und der Alternativbewegung ergeben. Hier wurde Wohnungspolitik sehr kritisch diskutiert und ein anderes Leben ausprobiert.

In selbstgewählten, selbstbestimmten Haushaltsformen wird mehr Freiheit gewagt und werden Rollen neu verteilt. Dies schafft gleichzeitig auch den Wunsch nach Kommunikation und sozialen Netzen zur Bewältigung von Alltagsaufgaben, eben nicht unbedingt durch die biologische Familie.

3. Ein kurzer historischer Einschub

Die Idee eines anderen gemeinsamen Wohnens ist nicht neu. Im Mittelalter gab es Beginenkonvente von allein lebenden und sich selbst versorgenden Frauen.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Einküchenhäuser mit einer zentralen Hauswirtschaft als Servicehaus entwickelt. In den 70er Jahren begann eine erneute Diskussion um Wohnen und Wohnungsnutzung von Frauen und Männern, innovative Wohnformen entstanden.

4. Frauenleben heute

Ziel innovativer Wohnprojekte ist, gemeinschaftlich zu wohnen, mit Gleichgesinnten den Alltag gemeinsam entspannter leben zu können, auch ökologisch und gesund zu wohnen und viele Frauen wollen gern bewusst mit anderen Frauen wohnen. Frauen sind keine homogene Gruppe, aber es gibt Faktoren, die bei Frauen häufiger zu finden sind:

- viele von ihnen haben zeitweilig die Verantwortung für Kinder, deren Versorgung und Erziehung
- bei den Alleinerziehenden sind Frauen mit über 90 % vertreten
- auch Mütter mit minderjährigen Kindern sind heute meistens berufstätig, das heißt, sie müssen Erwerbsarbeit und Familienarbeit verbinden, was viel Organisationstalent erfordert und eine hohe zeitliche Beanspruchung bedeutet
- Frauen haben im Durchschnitt ein geringeres Einkommen als Männer und gehören eher zu den einkommensschwachen Schichten
- sie haben seltener ein Auto zur Verfügung, sind daher stärker auf guten ÖPNV und funktionierende Nahversorgung angewiesen
- dies trifft gerade auch für ältere Frauen zu – Frauen sind überproportional unter den alten Menschen vertreten
- eine objektiv und sozial sichere Gestaltung des öffentlichen Raumes ist für Frauen von hoher Bedeutung.

Hinzu kommt, dass Frauen aufgrund ihrer Aufgaben in Familie und Beruf „permanente Sozialwesen“ sind, denen Alleinsein kaum zugestanden wird. Aufgrund ihrer vielen Aufgaben unterliegen sie gleichzeitig eher der Gefahr der Isolation, weil sie für ausserfamiliäre Kontakte oft nur wenig Zeit haben.

5. Wünsche an Bauen und Wohnen

Hieraus ergeben sich natürlich Wünsche an Bauen und Wohnen. Der Wohnungsbau ist nicht Ursache von oder Allheilmittel für Probleme, er kann Entwicklungen aber unterstützen oder behindern.

Frauen entscheiden, für sich sowieso, aber auch in der Familie, meistens über die Wohnungs- und Wohnortwahl!

Kindererziehende Frauen wünschen sich eine Wohnsituation, die die Alltagsbewältigung leichter macht. Zusätzliche Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Kooperation mit Schulen, eine bedarfsgerechte Gestaltung der Wohnungen und des Wohnumfeldes sind in diesem Sinne. Ein guter ÖPNV-Anschluss ist ebenso wichtig wie eine gute Nahversorgung.

Neue Haushaltsformen brauchen räumliche Voraussetzungen.

Stichworte sind hier:

- unterschiedliche Wohnungsgrößen
- flexible Grundrisse
- Mischung von Haushaltstypen und Generationen
- Nutzbarkeit des Außenraumes
- Initiierung und Förderung nachbarschaftlicher Prozesse und Strukturen
- Beteiligung der Bewohnerschaft an der Gestaltung des Wohngebäudes
- Frauen als Expertinnen des Wohnens.

Ich freue mich auf den Einblick in innovative Wohnformen von und für Frauen und das Kennenlernen einzelner Projekte auf der heutigen Fachtagung.

Vielen Dank.



Gemeinschaftliche Wohnformen für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung

Dr. Josef Bura

Seit Beginn der 80er Jahre haben sich in Hamburg Initiativen von Wohngruppen mit dem Ziel zusammengetan, selbst verwaltet und gemeinsam miteinander zu wohnen und neue Wohnformen zu entwickeln. Interessierte schließen sich zu Investoren zusammen, erwerben Grundstücke oder Häuser, sind im Verlauf des Planungs- und Bauprozesses die Bauherren, bauen mit oder ohne öffentliche Wohnungsbauförderung, und wenn der Wohnraum erstellt ist, verwalten und bewirtschaften sie ihre Häuser gemeinsam.

Die Projekte haben nicht nur Auswirkungen auf die Lebens- und Wohnsituation der Personen, die in ihnen leben. Sie strahlen auch in das Wohnumfeld aus, in dem sie entstehen, und tragen vielfach dazu bei, attraktive Akzente zu setzen. Die Wohnprojekte und ihre innovativen Ideen und Lebensformen wirken in die Quartiere hinein und können Ansätze für die Lösung unter-

schiedlicher Probleme der Städte aufzeigen. Dies kann der Verzicht auf ein eigenes Auto sein, die Organisation von Food-Coops, die gemeinschaftlich organisierte Kinderbetreuung oder die Organisation von Filmveranstaltungen im Gemeinschaftsraum, die Integration von benachteiligten Personengruppen oder der Einbau von Regenwassernutzungsanlagen und Sonnenkollektoren. So hat jedes der Projekte einen eigenen Schwerpunkt gewählt und umgesetzt.

Wohnprojekte verbinden in hohem Maß Eigen- mit Gemeinsinn. Sie sind Wohnalternativen, auf die in der zukunftsorientierten Stadtentwicklung nicht verzichtet werden sollte. Sie beinhalten Qualitäten, die einen Kontrapunkt zu den Schattenseiten moderner Urbanität setzen. Die Städte müssen sich ändern, wollen sie als Wohnstandort auch in Zukunft für viele Menschen attraktiv bleiben.

Die moderne Stadt in der Krise?

Im Rahmen nachhaltiger Stadtentwicklung werden in allen großen westeuropäischen Städten Fragestellungen und Probleme diskutiert, die einen Veränderungsbedarf in Hinsicht auf eine lebenswerte Stadt deutlich machen und einen qualitätvollen Umgang mit der Gestaltung und den Ressourcen der Stadt erfordern.



Segregation der Stadtteile

Zunehmend hat Armut eingeschränkte Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben zur Folge. In Quartieren mit einer Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen entstehen Wohn- und Wohnumfeldbedingungen, die jene zusätzlich benachteiligen. Anonymität und zunehmende Unwirtlichkeit von Stadtteilen oder Wohnsiedlungen haben weitreichende Folgen. Es bilden sich langfristig Stadtteile heraus, die als problematisch empfunden werden – mit den bekannten Folgen: Vandalismus, Konkurrenz unterschiedlicher Lebens-

stile und Nutzungen (Trinker gegen brave Bürger, Hunde gegen Kinder), Perspektivlosigkeit, Abwanderung derer, die es sich leisten wollen/können – und damit »soziale Erosion«.

Monostrukturen und Verkehr

Nach den Vorgaben der modernen Stadt(planung) sind in der Vergangenheit große monostrukturierte Gebiete (z. B. reine Wohn- und reine Gewerbegebiete) mit eindimensionalen Nutzungen errichtet worden:

- die Stadt der industriellen Produktion
- die City, die nach Feierabend menschenleer ist
- die moderne Büro- und Verwaltungsstadt
- die Verkaufsstädte
- die monotonen Wohnsiedlungen, die weitgehend ohne Arbeitsplätze und ohne ausreichende Freizeitmöglichkeiten gebaut wurden.

Das hat Folgen: Leere und Ödnis zu den Zeiten, zu denen sie nicht genutzt werden, und als unsicher empfundene, weil unbelebte Gebiete mit Barrierewirkung.

Bedingung und zugleich Folge der Nutzungstrennung ist die Entwicklung des Pkw zum Massenverkehrsmittel. Die damit verbundenen Kosten und die Beeinträchtigung des Lebensraums wurden bislang als unvermeidlich hingenommen – obwohl damit verbundener Lärm und Gefährdung durch Autoverkehr zunehmend als Störfaktoren für das Wohnen empfunden und benannt werden. Die Antwort hierauf müssen zukunftsfähige Mobilitäts- und Verkehrskonzepte sein, die eine Veränderung der Situation unter Aspekten wie »Stadt der kurzen Wege«, »Verknüp-

fung von Wohnen und Arbeiten« und »Nutzungsmischung« herbeiführen.

Masse statt Klasse

Die Wohnungsbaupolitik der letzten Jahrzehnte hat ihren Schwerpunkt auf Quantität gelegt. Vor allem in den Großwohnsiedlungen sind, begünstigt durch industrielle Bauformen, die Maßstäblichkeit und Vielfältigkeit der Gestaltung auf der Strecke geblieben. Eintönigkeit in der Architektur und im Erscheinungsbild prägen das Bild der Quartiere. Wohnungen mit Grundrissen, die nicht den heutigen Anforderungen nach Flexibilität entsprechen, erschweren den Vermietern die Vermietung und Bewirtschaftung. Es entscheiden immer mehr qualitative Faktoren wie z. B. das Wohnumfeld über die Vermarktungsfähigkeit von Wohnungen.

Flächenfraß und Siedlungsbrei

Die Ausweisung von immer mehr und immer größeren Einfamilienhaus- und Reihenhausbauflächen an den Stadträndern und über sie hinaus führt zu einem als ungestaltet wahrgenommenen Bild der Stadtrandgebiete. Zersiedelung produziert lange Wege und völlig unnötige Verkehrsflüsse.

Der Boden, und vor allem innerstädtischer Boden, ist endlich und nicht unbegrenzt verbrauchbar. Nutzungskonkurrenzen, die Folgen der Umlandwanderung und Flächenverschwendung führen zur Notwendigkeit der Innenentwicklung. Mit der Umnutzung von ehemals militärisch oder industriell genutzten Flächen, der Sanierung von Altbauten und der Baulückenschließung in den Innenstädten können auf Flächen, die bislang nicht oder nicht ihrem Wert entsprechend genutzt wurden, neue Qualitäten geschaffen werden. Eine Herausforderung ist hierbei die Entwicklung von attraktivem innerstädtischem Mehrfamilien- und Geschosswohnungsbau als Alternative

zum Flächenverbrauch der Reihen- und Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand.

Mangelnde Partizipation

Immer mehr Gruppen sind von der gesellschaftlichen Teilhabe und Einflussnahme ausgegrenzt. Neue Formen der Bürgerbeteiligung müssen ausgebaut werden. Vielfältige Beispiele bieten hier die Erfahrungen der Wohnprojekte, in denen die Einbeziehung zukünftiger NutzerInnen schon zu Beginn der Planung sowohl der Wohnungsgrundrisse und Gebäude als auch des Wohnumfelds stattfindet. Durch das konsensuelle Aushandeln in der Planungsgruppe findet ein Interessenausgleich zwischen Eigensinn und Gemeinsinn statt.

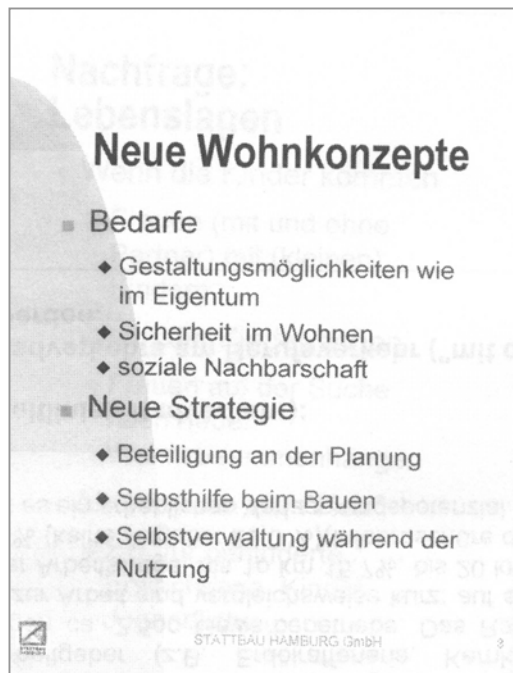
Schlechte Energiebilanz

Bauen und Wohnen ist immer auch mit dem Verbrauch von Ressourcen und Energie verbunden. Der Energieeinsatz für Wohnen ist sehr hoch. Der größte Anteil des Energieverbrauchs geht auf die Nutzung von Energieträgern in privaten Haushalten zurück. Trotz verbesserter Technik ist der Gesamtenergieverbrauch in den letzten Jahren nicht zurückgegangen. Ausschlaggebend hierfür ist die Tendenz zu immer mehr Wohnfläche und zum frei stehenden Einfamilienhaus im Grünen. Diese Situation erfordert es, das Ziel der Nachhaltigkeit konsequenter zu verfolgen. Dies bedeutet, sparsamer mit Boden, Wasser und Energie umzugehen, emissionsärmer zu bauen und die funktional gemischte Stadt der kurzen Wege wieder zu fördern.

Diese stichwortartige Auflistung macht deutlich, welche entscheidende Rolle einer nachhaltigen Entwicklung der Städte sowie eines urbanen Selbstverständnisses und einer urbanen Lebensweise zukommt.

Neue Wohnqualitäten und Stadtentwicklung

Nachbarschaftlich ausgerichtete Wohngruppenprojekte gehen auf viele der hier aufgeworfenen Fragen ein. Sie sollten daher als Bestandteil einer nachhaltig verstandenen Stadtentwicklung verstärkt gefördert werden.



Preiswerter und sicherer Wohnraum

Angesichts der steigenden Armut in Teilen der Städte wird langfristig preiswerter Wohnraum zu einem wichtigen sozialen und wohnungspolitischen Thema. Übermäßige Mieterhöhungen, Luxusmodernisierungen und Eigenbedarfskündigungen bedrohen die Sicherheit von Mietverhältnissen.

Bewohner, die selbst Verantwortung im Wohnen übernehmen, sind nicht an einer Kapitalverwertung interessiert. Ihnen geht es um Stabilität, um Wohnsicherheit und um die Gewissheit einer langfristig tragbaren Belastung. Diese Bedarfe lassen sich nicht nur beim Wohneigentum, sondern auch in ge-

meinschaftlichen Eigentumsformen verwirklichen. Unter genossenschaftlicher Trägerstruktur können z.B. die Schaffung und der Erhalt preiswerten Wohnraums langfristig sichergestellt werden.

Genossenschaftliche Wohnprojekte stehen für Wohnen ohne Spekulationsabsichten. Bei Mieter- oder Bewohnergenossenschaften, die durch Privatisierung im Bestand oder im Neubau entstehen, entscheiden die NutzerInnen selbst über den Umgang mit den Gebäuden, über die Verwendung von Instandhaltungsgeldern und Gewinnen. Unter Einbeziehung von Eigenkapitalersatzdarlehen und sogenannten Nachsparmodellen können Schwellenhaushalte, die nicht genügend Geld haben, um Eigentum zu bilden, die notwendigen Genossenschaftsanteile nach und nach erwerben.

Solidarische Stadt

Durch die Integration benachteiligter Gruppen und Projekte und durch die Bildung oder Unterstützung von stabilen Nachbarschaften können Wohngruppenprojekte ihre Wirkung gegen Ausgrenzung entfalten. Generationsübergreifende Wohnmodelle wie z.B. Alt & Jung kommen den Bedürfnissen sowohl älterer als auch junger Haushalte entgegen und bieten gewünschte Kommunikation und nachbarschaftliche Hilfe – ob bei der Kinderbetreuung oder beim Grillen im Hof. Darüber hinaus findet in vielen Wohnprojekten eine Integration von sogenannten Randgruppen des Wohnens in wirtschaftlich stabile und sozial fördernde Wohn- und Nachbarschaftsstrukturen statt.

Am Wohnungsmarkt benachteiligte Menschen, wie z.B. Alleinerziehende, Behinderte, ehemals Drogenabhängige, HIV-Positive oder an Aids Erkrankte finden in Wohnprojekten ein Umfeld, in dem sie akzeptiert sind und je nach Möglichkeit eigenständig leben können.

Baugemeinschaften als Antwort auf Umlandwanderung

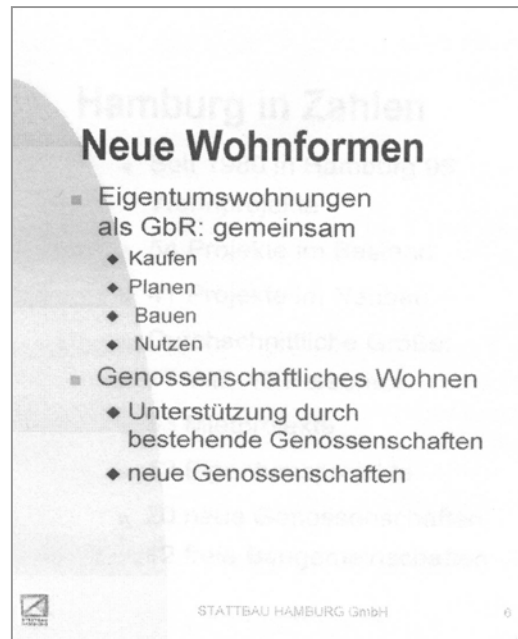
Jüngere Forschungen haben gezeigt, dass Umlandwanderer nicht in erster Linie »Eigentum auf dem Land« suchen, sondern dies aus Mangel an (bezahlbaren) Alternativen im innerstädtischen Bereich tun. Die Gestaltungsfreiheit im eigenen Haus ist ein weiterer wichtiger Aspekt für die Entscheidung.

Mit Baugemeinschaften, die sich als Wohnungseigentümergeinschaften organisieren, können Eigentumswohnungen mit und ohne Förderung realisiert werden. Deshalb können Baugemeinschaften eine Alternative für diejenigen sein, die in der Stadt und in Gemeinschaft mit anderen Wohneigentum bilden wollen, sich auf dem freien Markt angebotene Wohnungen aber nicht leisten können. Bauen ohne Bauträger spart Kosten – die erstellten Wohnungen sind rund EUR 500 und mehr je Quadratmeter Wohnfläche günstiger, da kalkulierte Gewinne und Risiken der Vermarktung wegfallen. Dieses Geld kann eingespart oder für die Finanzierung von Sonderwünschen wie z.B. ökologischen Standards benutzt werden.

Nachbarschaft und Kommunikation

In Zeiten und in Gesellschaften, in denen es differenziertere Lebensstile und auseinander fallende Lebenslagen gibt, übernehmen Wohnprojekte Funktionen und Verbindlichkeiten, die Familien nicht mehr immer übernehmen können: z. B. Kommunikation und Unterstützung

im Alltag für Alte, Alleinerziehende, Familien mit Kindern, bei Krankheit oder Überforderung. Nachbarschaftliche Projekte entwickeln stabile soziale Netze, in denen Kinder gemeinsam aufwachsen und unterschiedliche Lebensweisen im Miteinander stattfinden.



Die Projekte führen Alte, Alleinerziehende, Familien, Kinder, heterogen zusammengesetzte Gruppen oder Menschen mit unterschiedlichem Einkommen zusammen. Darüber hinaus sind sie häufig daran beteiligt, zusammen mit professionellen Leistungsanbietern nutzerorientierte Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, die z.B. die Pflege von alten oder kranken BewohnerInnen im gewohnten Umfeld möglich machen (Flächen, Organisation), um zu verhindern, dass Menschen ohne Not in Heime abgeschoben werden.

Die Organisation in Hausgemeinschaften bietet den BewohnerInnen gewünschte Kommunikation und gemeinschaftliche Aktivitäten sowie die Möglichkeit für individuellen Rückzug. Anonymes Nebeneinanderwohnen gibt es hier nicht, dafür die Möglichkeit zu ge-

meinschaftlicher Nutzung von Werkzeugen, Hobbyräumen, Waschmaschinen und Gästewohnung, Aktivitäten wie Kinderspiel und Gartennutzung sowie Hausmusik. Durch das Kennenlernen bereits während der Planungsphase entstehen tragfähige Strukturen.

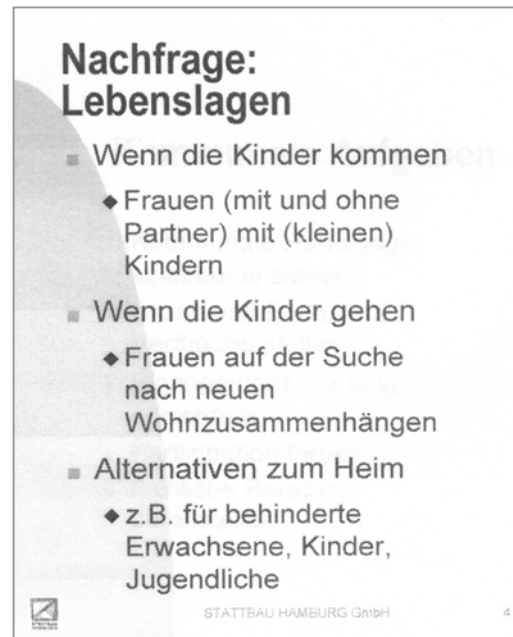
Die ökologische Alternative

Reduzierung des Energieverbrauchs und ökologische Energieversorgung sind Themen, die in Wohnprojekten eine Rolle spielen. Ressourcenschonendes Bauen und Wohnen wird in vielen Wohnprojekten umgesetzt. Ob dies im einzelnen der Bau eines Passivhauses, die Regenwassernutzung, eine Photovoltaik-Anlage bzw. der Blockheizkraftwerkbetrieb ist oder ob die Gruppe sich für Autofreies Wohnen bzw. das Betreiben von Food-Coops entscheidet – die unterschiedlichen Themen stehen für Problemlösungsstrategien und die Innovationsfreude, die in vielen Projekten zu finden ist.

Innovative/neue Wohnformen brauchen andere Räume

Mit der Pluralisierung der Lebensstile haben sich Wohnbedürfnisse im Hinblick auf Wohnstandort, Wohnumfeld, Größe und Zuschnitt von Wohnungen stark ausdifferenziert. Wohnprojekte sind in erheblichem Maß daran beteiligt, innovative Wohnungsgrundrisse zu realisieren, die ihren Bedürfnissen entsprechen: veränderbare Grundrisse, gleich große oder nachträglich teilbare Zimmer, Wohnküchen etc. sind in Wohnprojekten vielfach erprobt worden.

Aus der Kritik an nicht mehr passenden Wohnungsgrundrissen im traditionellen Wohnungsbau sind durch Beteiligung der zukünftigen NutzerInnen an der Planung qualitätvolle Grundrissalternativen entstanden. Ebenfalls wurden gut zugängliche Räume für gemeinschaftli-



che Aktivitäten, Fahrräder und Kinderwagen etc. sowie Mietergärten und Spiel- und Bewegungsflächen anstelle von mit Autos zugeparkten Außengeländen geschaffen.

Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten

In Altbauprojekten ist es z.T. schon gelungen, im geförderten Wohnungsbau ist es immer noch unmöglich: die Realisierung von Arbeitsräumen in Mehrfamilienhäusern bzw. in Wohnungen. Im Hinblick auf die veränderte und sich weiter verändernde Arbeitswelt besteht zunehmend Bedarf an der Verbindung von Wohnen und Arbeiten in räumlicher Nähe. Die Gebäude müssen eine moderne Ausstattung nach dem Stand der Technik erhalten.

Diese Form der Nutzungsmischung wirkt Problemen monostrukturierter Stadtviertel und zunehmenden Verkehrsbelastungen entgegen. Die Ausstattung von Wohnungen mit Mehrfläche für Arbeitsräume oder die Ausweisung von gewerblich nutzbaren Räumen in Wohnsiedlungen bietet die Möglichkeit, Erwerbstätigkeit und Familienzeit zu verbinden, und ermöglicht Selbstständigkeit und Flexibilität.

Integrierte Planungskultur und Partizipation

Neue Formen von Bürgerbeteiligung durch Partizipation und Einbeziehung der zukünftigen NutzerInnen finden in den Wohnprojekten bereits von Anfang an statt. Die BewohnerInnen bestimmen gemeinsam mit den ArchitektInnen die Gestaltung der Gebäude sowie ihrer Wohnungen.

Die Mitbestimmung findet auf vielen Ebenen statt: von der gemeinsamen Gartenplanung bis hin zu Selbstverwaltungsstrukturen für die einzelnen Wohnobjekte.

Es findet darüber hinaus eine Aktivierung und Motivierung statt, sich auch über das Projekt hinaus im Stadtteil für eigene Interessen und eine Verbesserung der Lebensbedingungen einzusetzen.

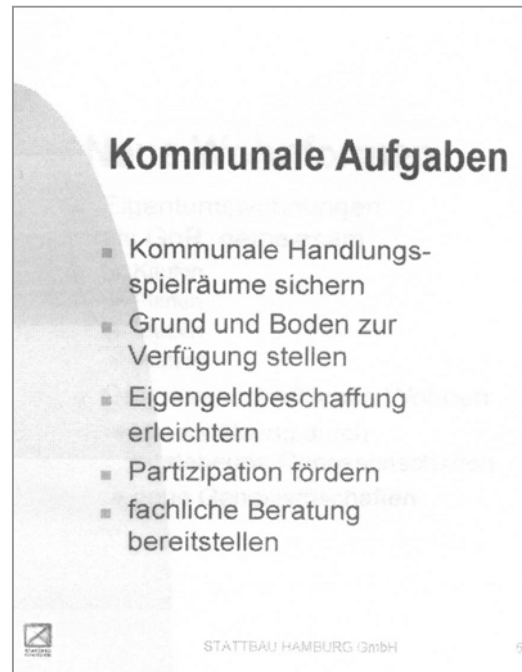


Durch die gemeinsame Auseinandersetzung entsteht ein verantwortlicher Umgang mit den gemeinsam verwalteten Ressourcen, den Wohngebäuden und dem dazugehörigen Wohnumfeld.

Einen Rahmen für nutzerorientiertes Planen sicherstellen

Wenn Kommunen gemeinschaftlich orientiertes Planen und Bauen möglich machen wollen, müssen sie dafür günstige Rahmenbedingungen schaffen. Voraussetzung ist, dass sie Grund und Boden zu vertretbaren und nicht zu maximal erzielbaren Preisen bereitstellen. Denn auf dem privaten Bodenmarkt haben Interessierte, die nachbarschaftsbezogen wohnen wollen, keine Chancen. Die Preise dort sind zu hoch. Private Verkäufer gehen in der Regel den einfacheren Weg – und der läuft über den professionellen Investor, der je nach Bedarf schneller als Wohngruppen agieren oder länger abwarten kann.

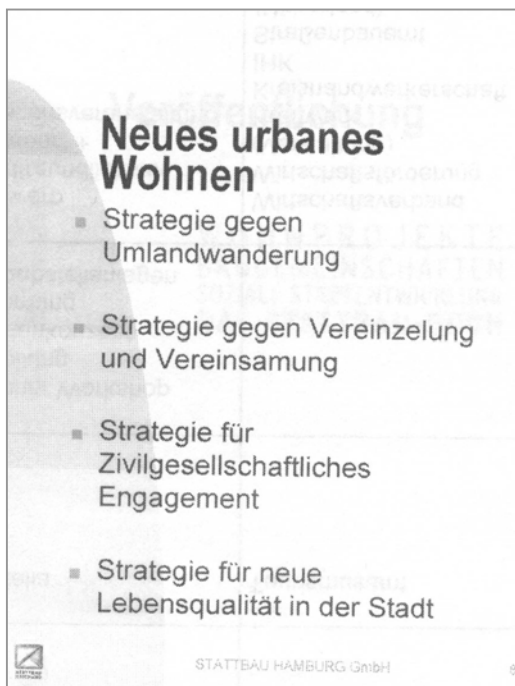
Wer sozial gemischte Quartiere realisieren möchte, um bestimmte Bevölkerungsgruppen als Eigentümer oder Mieter anzusprechen, ist gut beraten, Bodenpreise zu verlangen, mit denen die zukünftigen Nutzer leben können. Genauso wichtig ist es, ein Verfahren der Aneignung durch die Betroffenen zu fördern, damit Laien Raum, Zeit, Gelegenheit und Hilfen erhalten, sich zusammenzufinden, sich zu organisieren, ihre Bedarfe zu formulieren und nach Wegen der Umsetzung zu suchen. Bei kleinen Bauvorhaben mag es ausreichen, Projektentwickler mit Erfahrung im Umgang mit Wohngruppen einzuschalten, bei größeren Siedlungsvorhaben sollten professionell moderierte Beteiligungsprozesse durchgeführt und in Etappen geplant und gebaut werden. Kommunen sollten sich dabei intermediärer Einrichtungen bedienen, die zwischen ihnen und den übrigen Beteiligten agieren, als Wächter der Beteiligung fungieren und die zukünftigen Nutzer in fachlichen Fragen unterstützen. Keinesfalls kommen dafür Institutionen in Frage, die eigene wirtschaftliche Interessen mit der Umsetzung der



Baumaßnahmen verfolgen. Für diese Aufgabe sind unabhängige, in Beteiligungsverfahren erprobte Büros nötig.

Nutzerorientiertes Bauen bedeutet nicht unbedingt, dass es zu städtebaulichem Wildwuchs kommen muss, weil jeder baut, wie er will. Auch wenn es durchaus sinnvoll sein kann, einmal mehr Freiheiten und Experimente im Städtebau zuzulassen, kann nutzerorientierte Planung sich durchaus in städtebauliche Vorgaben einpassen. Beim Planen von Gruppen braucht es Zeit: Denn die zukünftigen Mitglieder von Wohngruppen machen im Verlauf des Planens und Bauens gemeinsam eine Metamorphose durch. Sie wandeln sich von einer Investorengruppe, die gemeinsam ein Grundstück erwirbt, über eine Planungsgemeinschaft, die Architekten und Fachleute beauftragt, zu einer Baugemeinschaft, die Gebäude erstellen lässt, und werden schließlich zu einer Nutzergemeinschaft als Mieter oder Eigentümer.

In diesem Prozess gibt es in jeder Phase eine Reihe von Aufgaben zu lösen. Am Anfang z. B. die Klärung der »harten« und der »weichen« Fragen des Miteinanderbauens: Zu den »harten« Fragen zählen Themen wie: Anzahl der Wohneinheiten, Wohnungsgrößenmix, technische, energietechnische und ökologische Standards, verwendete Baustoffe etc. Zu den »weichen« gehört die Klärung von Fragen wie: Was erwarte ich von der Nachbarschaft im Wohnprojekt? Wie sollen diese Erwartungen umgesetzt werden? Aus welchen Haushaltstypen soll das Projekt bestehen? Geht es vorrangig um das Thema Kinder, Alte, Junge, gemixt, nur Männer, nur Frauen, Behinderte etc.?



Gibt es weitere Themen, die in der Gruppe realisiert werden sollen:

- autoarm oder autofrei?
- besondere Techniken der Energieversorgung und Wassernutzung?

u.a.

Gleich zu Beginn müssen Rechts- und Finanzierungsfragen mit großer Reichweite geklärt werden: Wohneigentum

oder Miete, beides nebeneinander oder genossenschaftliches Wohnen als sogenannter dritter Weg. Gibt es lokale und politisch motivierte Prioritäten hinsichtlich der Förderung von Eigentums- oder Mietprojekten, wenn es um kommunale Grundstücke geht? Welche Folgen hat die Finanzierung für die später angestrebte gemeinsame Rechtsform? Welche rechtlichen Strukturen müssen gegründet werden, um die Rechtsverbindlichkeiten untereinander und gegenüber Dritten zu klären? Wie steht es mit dem Eigenkapital? Ist genügend vorhanden (meistens nicht), und welche Wege gibt es, fehlende Mittel gemeinsam zu beschaffen? Welche Folgerungen kann die Inanspruchnahme öffentlicher Förderungen für die Belegung und Finanzierung haben, und gehen die lokalen Förderer auf jeweils unterschiedliche Belange von einzelnen Wohngruppen ein? Wie sollen Kaufverträge abgeschlossen werden, wie sehen Verträge mit Architekten, Betreuern, Baufirmen aus, die auf Belange von Planungsgruppen Rücksicht nehmen?

Das alles sind Themen, die vor 20 Jahren vielleicht noch neu waren. Heute gibt es dazu bundesweit einen großen Erfahrungshintergrund von vielen realisierten Projekten und eine Vielzahl von Betreuern, die kompetente Antworten dazu geben können. Auf diese Erfahrungen sollten an Wohnalternativen Interessierte in jedem Fall zurückgreifen. In diesem Prozess des Aushandelns von Interessen und des Findens von Lösungen, die von allen getragen werden (müssen), eignen sich die Nutzer ihr gemeinsames Vorhaben bis hin zur praktischen Selbsthilfe am Bau und zur praktizierten Nachbarschaftshilfe an.

Kreativität und Engagement nutzen, um städtisches Wohnen mit neuen Akzenten zu versehen

Die Erfahrungen in einer Reihe von deutschen Städten zeigen, dass sich die Resultate nutzerorientierten Bauens sehen lassen können. Wurden Wohnprojekte noch vor 15, 20 Jahren als esoterische Experimente von notorischen Weltverbesserern belächelt, sind sie heute Gegenstand von Untersuchungen und Ziel von Studienreisen.

Es fällt z.B. auf, dass dort, wo zukünftige Nutzer an der Planung beteiligt wurden, häufig ungewöhnlich spannende Gebäude und städtebaulich abwechslungsreiche Quartiere entstanden sind. Das allein ist schon ein Zugewinn an Qualität für Städte.

Die Befürchtungen vieler Fachleute, Nutzerbeteiligung müsse zwangsläufig zu architektonischer Profillosigkeit führen, sind nicht zu halten. In vielen Gebäuden, an deren Planung zukünftige Nutzer beteiligt waren, versucht die Architektursprache schon auf Inhalte hinzuweisen: Offenheit nach außen, Individualität in den Wohnungszuschnitten und Fassaden und die Berücksichtigung kommunikativer Belange in den Gebäudegrundrissen und bei der Freiflächenplanung. Die Wohnküche wurde in Wohnprojekten als kommunikativer Mittelpunkt des Wohnens wiederentdeckt, auf Nutzungsneutralität bei Wohnraumgrößen und -anordnung wird vielerorts geachtet, die Möglichkeiten flexibler Wohnungszuschnitte werden berücksichtigt, Gemeinschaftsräume geplant und bewirtschaftet.

Die Integration von Wohnen und Arbeiten wird gerade von mittelschichtorientierten Nutzern gefordert und in vielen Projekten auch realisiert, wenn es sich um Existenzgründungen oder

Arbeitsplätze im tertiären Sektor handelt.

Selbst organisierte Nachbarschaften werden häufig initiiert und getragen von Personengruppen mit besonders hohen Anforderungen an das Wohnen: von Haushalten mit Kindern und alten Menschen. Viele selbst organisierte Wohnzusammenhänge integrieren bewusst auch Benachteiligte des Wohnungsmarkts: z.B. allein erziehende Familien, Behinderte, sozial Bedürftige etc. Auf diese Weise können in den Kommunen kleine Orte sozialer Vielfalt und nachbarschaftlicher Vernetzung entstehen, in denen sich Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen miteinander aufgehoben fühlen sollen.

Ein großer Zugewinn entsteht den Kommunen dadurch, dass die beteiligten Menschen ihr Wohnen selbst gestalten, indem sie sich in Gemeinschaften organisieren, Verantwortung für sich und ihre Nachbarn übernehmen. Sie eignen sich damit Teile der Stadt an und gestalten sie selbst. Sie agieren über ihren individuellen Verantwortungsbereich hinaus und schaffen für sich und andere lebendige und anregende Wohnzusammenhänge. Dadurch entstehen Orte mit neuen Qualitäten, die den Standort Stadt als Wohnquartier attraktiver machen und als Gemeinwesen bereichern.



Innovative Wohnformen für Frauen

Sabine Rebe

Im Beitrag werde ich folgende Teilergebnisse aus meiner Dokumentation „Aktuelle Frauenwohnprojekte“ vorstellen.

Die Dokumentation umfasst insgesamt 55 bestehende oder in Planung befindliche Projekte und bietet gegenwärtig den einzigen Überblick über bundesdeutsche Frauenwohnprojekte. Zur besseren Übersicht sind sie in drei Kategorien eingeteilt: zum einen in

selbstorganisierte Projekte (1) und in fremd initiierte Projekte, die wiederum in Wettbewerbe (2) und Direktaufträge (3) unterteilt sind.

Im Rahmen der Tagung „Zeitgemäße Wohnformen – Innovative Projekte von und für Frauen“ soll an dieser Stelle besonders auf Raumkonzepte für neue Lebensformen und auf Innovationen, die aus den Projekten hervorgegangen sind, eingegangen werden.

Raumkonzepte für neue Lebensformen

Auch wenn es selbstverständlich Frauen gibt, die das Wohnen in traditionellen Grundrissen vorziehen, ist es wichtig, eine Vielfalt unterschiedlicher und flexibler Wohnungen vorzuhalten, damit für unterschiedliche Lebensformen und Lebensphasen ein entsprechendes Angebot zur Verfügung steht.

Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Grundrisstypen sollten auf dem Wohnungsmarkt verfügbar sein.

Bei den Standardgrundrissen im Sozialen Wohnungsbau sind die Räume funktional festgelegt bis hin zur Einrichtung. Beispielsweise werden Steckdosen im „Elternschlafzimmer“ so gelegt, dass ein Ehebett dazwischen Platz hat, an anderen Stellen sind keine weiteren vorhanden. Das Wohnzimmer muss auf Kosten kleiner Kinderzimmer und Küchen groß genug sein für die klassische Einrichtung mit Wohnzimmerschrank, Couchtisch, Sesseln und Fernseher.

Typisch für viele Frauenwohnprojekte ist das Experimentieren mit neuen Grundrisstypen. Fast alle Projekte verfügen darüber hinaus über gemeinschaftlich genutzte Räume. In ihnen manifestiert sich der Wunsch nach einer Hausgemeinschaft bei gleichzeitiger Eigenständigkeit. Welche weiteren Kriterien für den Wohnungsbau aus Sicht von Frauen Bedeutung haben, wird im Folgenden erläutert und an Hand von Beispielen sichtbar werden.

Zu den Planungszielen für die Wohnung gehören aus Frauensicht:

- **die Alltagstauglichkeit als Kriterium für den Wohnungsbau**

Nach wie vor soll die Wohnung auch ein Ort der Entspannung sein. Die tägliche Arbeit, die Zuhause verrichtet wird, soll aber bei der Planung der Grundrisse ebenso berücksichtigt werden. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Küche gerichtet. Sie muss u.a. genügend Raum bieten, um die Hausarbeit partnerschaftlich verrichten zu können.

- **individuelle Rückzugsmöglichkeiten durch einen eigenen Raum für jedes Haushaltsmitglied**

Dieses Ziel entspringt der Kritik vieler Planerinnen, dass ein eigenes Zimmer für die Frau, die auch mal die Tür hinter sich zumachen möchte und nicht ständig dem Zugriff der Familie ausgesetzt sein will, in konventionellen Grundrissen nicht vorgesehen ist.

- **die Förderung von Gemeinschaftlichkeit im Wohnbereich**

Für das Zusammenleben sind beide Ebenen wichtig: Rückzug und Gemein-

schaftlichkeit. Deshalb soll den Haushaltsmitgliedern zusätzlich zum eigenen Zimmer auch ein gemeinschaftlich nutzbarer Bereich zur Verfügung stehen. Das kann ein „Wohn“- oder Gemeinschaftszimmer sein und / oder beispielsweise ein ausreichend großer Essplatz in der Küche.

- **die Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensvorstellungen und Lebensphasen von Frauen**

Um dieses Ziel zu verwirklichen, sollen Wohnungen so wenig wie möglich funktional festgelegt werden. Sie sollen, im Gegenteil veränderbar und anpassungsfähig sein. Um die gewünschte Nutzungsvielfalt herzustellen, sind insbesondere drei Kriterien entwickelt worden, die im Folgenden erklärt werden: die **Flexibilität**, die **Variabilität** und die **Schaltbarkeit** von Wohnungen.

Diese Kriterien sind im bisherigen Wohnungsbau nicht üblich und daher noch wenig bekannt. Vor allem in Frauenwettbewerben sind räumliche Lösungen hierfür entwickelt worden. Sie sind mittlerweile in die aktuelle Architekturdiskussion eingeflossen, wobei nur selten der theoretische Bezug zum Bauen aus Frauensicht hergestellt wird.

Flexibilität:

Flexible Wohnungen zeichnen sich durch Räume gleicher Größe aus. Dadurch sind verschiedene Alternativen in der Nutzung denkbar, die Räume sind deshalb gewissermaßen nutzungsneutral.

Variabilität:

Variable Grundrisse zeichnen sich durch die Möglichkeit aus, bestimmte Wände zur Disposition zu stellen, sich also für oder gegen sie zu entscheiden zu können.

Schaltbarkeit:

Schaltbare Wohnungen zeichnen sich durch die Möglichkeit aus, je nach veränderter Haushaltsgröße die Wohnungen entweder zu vergrößern oder zu verkleinern.

Dabei sind unterschiedliche Varianten der Schaltbarkeit möglich. Die minimalste Variante ist die Hinzunahme oder der Verzicht auf einen sogenannten „Schaltraum“, der zwischen zwei Wohnungen liegt und nach Wahl der einen oder der anderen Wohnung zugeschlagen werden kann.

Eine andere Variante erlaubt das Schalten zweier für sich funktionierender Einheiten, die nebeneinander oder übereinander liegen. Zwei kleinere Wohnungen werden zusammengelegt oder eine große Wohnung wird geteilt. Dabei besteht auch die Möglichkeit, auf eine der Küchen zu verzichten und diesem Raum eine neue Funktion zuzuweisen.

Es ist sehr bemerkenswert, dass fast alle aufgenommenen Projekte der Dokumentation über Gemeinschaftsräume verfügen. Sie dienen der Hausbewohnerschaft beispielsweise für Hausversammlungen und Feiern.

Zu den Planungszielen für das Wohngebäude gehören:

- **Unterstützung von Kommunikation und Nachbarschaft**

In Wohngebäuden können Kommunikation und Nachbarschaft baulich durch verschiedene Angebote unterstützt werden.

Das erste ist ein Treppenhaus, das Raum für zufällige Begegnungen bietet und ansprechend gestaltet ist.

Das zweite Angebot besteht in der Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen für die vielfältigen Aktivitäten von Hausgemeinschaften.

Beispiele einzelner Projekttypen

Zur Verdeutlichung der Anwendung unterschiedlicher räumlicher Kriterien werden im Folgenden einige Beispiele näher dargestellt und zwar aus jeder Kategorie eins.

Beispiel 1: das selbstorganisierte Projekt „Olga Rabiata“ in Hamburg

"Olga Rabiata" e.V. aus Hamburg ist ein selbstorganisiertes Wohnprojekt. Gegründet wurde der Verein 1990 von sieben Frauen, die ein gemeinschaftliches Frauenprojekt aufbauen wollten. Ein Zimmer für jede, eine Etage für die Kinder, ein Gemeinschaftsbereich entsprachen ihren Wunschvorstellungen. 1996 wurde der von ihnen mit geplante Neubau fertiggestellt.

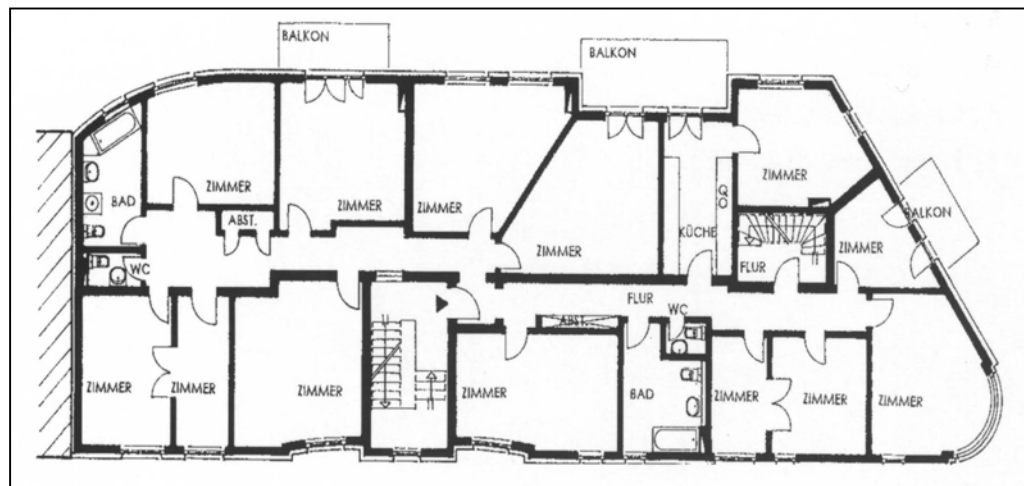
Das Projekt für achtzehn Frauen und sechs Kinder besteht aus einer Wohnung mit 690 qm Wohnfläche. Die Räume sind annähernd gleich groß (22 qm) und durch variable Wände teilbar. Die Wohngemeinschaftswohnung ist auf drei Geschosse einschließlich Staffelgeschoss verteilt.

Zusätzlich sind eine „Krisenwohnung“ für Frauen, die übergangsweise Wohnraum benötigen, und eine Kindertagesstätte im Gebäude untergebracht. Um öffentlich gefördert zu werden, musste



Der Kindergarten befindet sich im Haus

die Rückbaubarkeit der Wohngemeinschaftswohnung in kleinere Wohneinheiten nachgewiesen werden. Durch diesen Kompromiss wäre der Grundriss theoretisch schaltbar, auch wenn der jetzige Zustand der Wohnung mit flexiblen Individualräumen und großzügigen Gemeinschaftsbereichen der von der Gruppe gewünschte ist und deshalb langfristig so bestehen bleiben soll.

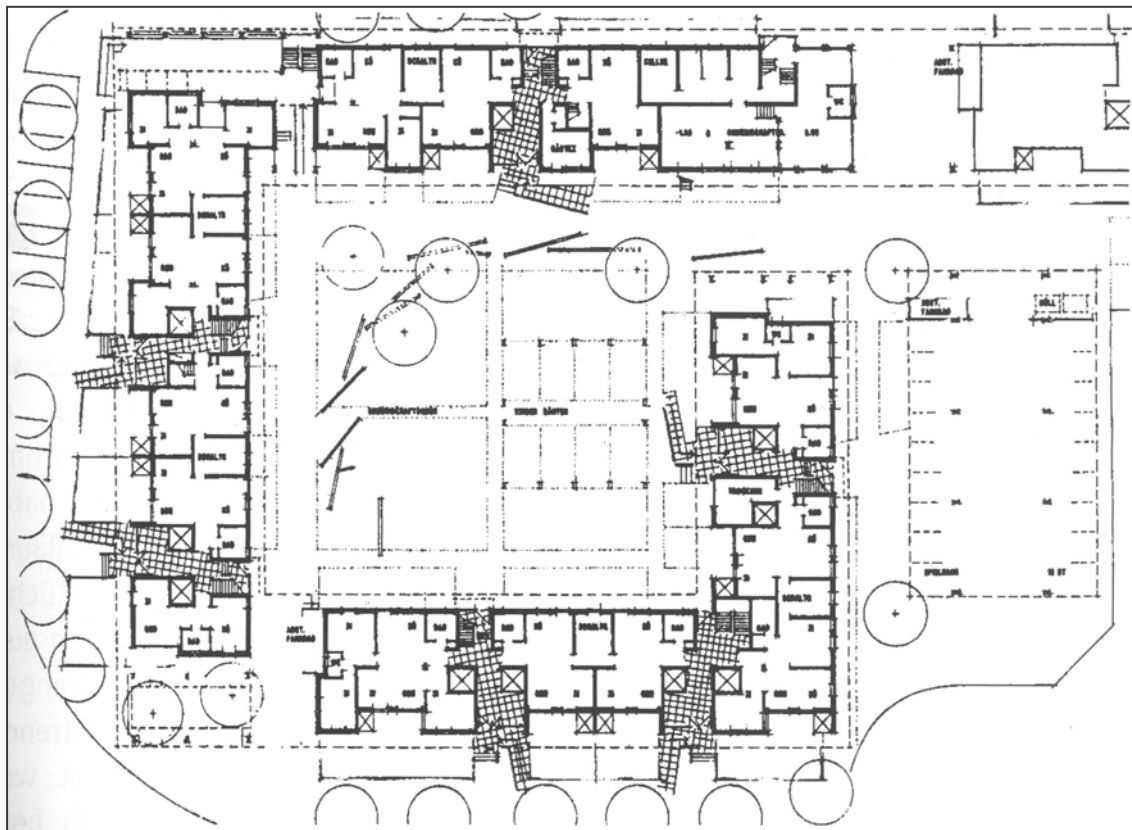


Grundriss Dachgeschoss "Olga Rabiata", Architektin: Beata Huke-Schubert

Beispiel 2: der Wettbewerb „Frauengerechtes Wohnen Quettinger Feld“ in Leverkusen

Die Grundrisslösungen des kooperierenden Planungsverfahrens „Frauengerechtes Wohnen Quettinger Feld“ in Leverkusen, die von Ursula Komes und Detlef Bock entwickelt wurden, bieten mit ihren vielfältigen räumlichen Möglichkeiten ein besonders gutes Beispiel für verschiedene Wohnvorstellungen und Haushaltsgrößen. Das Wettbewerbsverfahren begann 1993, seit 1996 sind die 63 Wohnungen bezogen. Das Projekt verfügt über einen Gemeinschaftsbereich, in dem z.Zt. das Stadtteilbüro Quettingen untergebracht ist. In den Wohnungen ist ein Zimmer pro Person vorgesehen, die Grundrisse sind variabel und in mehreren Varianten schaltbar: Horizontal funktioniert die

Schaltbarkeit über die zwischen den Wohnungen liegenden Schalträume und vertikal über innenliegende Treppen in Abstellräumen. Flexible Räume sind bei Bedarf realisierbar, der Grundriss könnte aber auch offen gestaltet sein, d.h. mit wenigen Wänden auskommen, und dadurch fließende Übergänge zwischen den einzelnen Bereichen ermöglichen. Die Küche gewinnt an Bedeutung als Arbeits- und Wohnraum und kann sowohl abgetrennt als auch in einen größeren Wohnbereich integriert werden. Diese Alternativen führen zu größtmöglicher Freiheit in der Nutzung und sind deshalb für unterschiedliche Wohnvorstellungen gut geeignet.

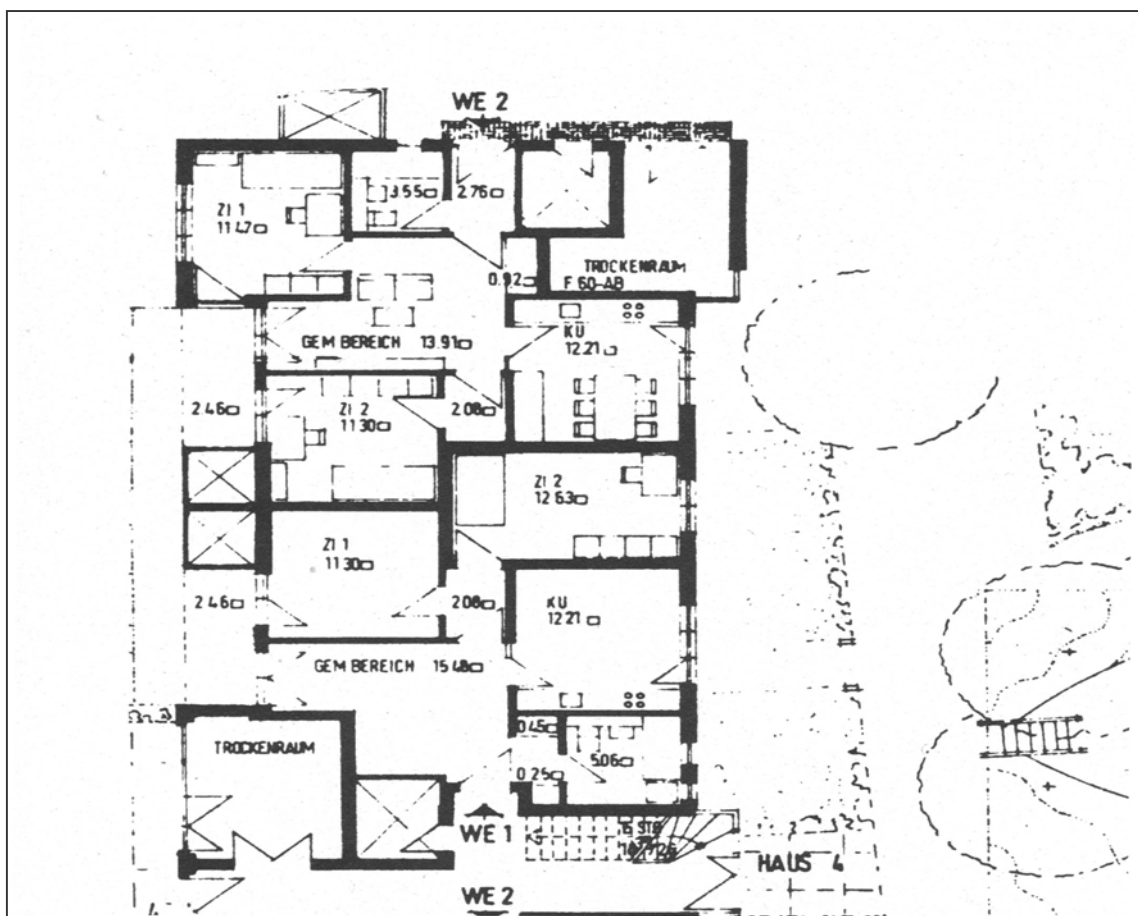


Grundriss EG "Quettinger Feld", Architekten: Planungsgruppe WohnStadt: Ursula Komes, Detlef Bock

Die Wände sind variabel. Verschiedene Zimmer oder Bereiche können abgetrennt werden. Während einige Haushalte, z.B. mit Kindern, besonderen Wert auf Rückzugsmöglichkeiten in abgetrennten Räumen legen, weil Bedürfnisse und Tagesrhythmen der einzelnen Haushaltsmitglieder sehr unterschiedlich sind, genießen andere das Leben in großzügigen, ineinanderfließenden Wohnbereichen.

Die Erstmieterinnen und -mieter konnten über die Grundrissgestaltung ihrer Wohnung mitentscheiden, was zu hoher Identifikation mit dem Projekt geführt hat. Nachfolgende Mieterinnen und Mieter sind über die vielfältigen Möglichkeiten, die in den Grundrissen stecken, nicht informiert.

Bisher ist es nur einmal vorgekommen, dass zwei benachbarte Alleinerziehende sich nachträglich zusammengetan haben und ihre Wohnungen zusammenschalten ließen. Nach einiger Zeit haben sie die Wohnungen wieder getrennt.



Wohnungsgrundrisse Erdgeschoss "Quettinger Feld"

Beispiel 3: der Direktauftrag „Wohnprojekt für Alleinerziehende“ in Hannover

Das Projekt entstand 1996 im Sanierungsgebiet Hannover-Nordstadt. Die Planungskriterien für den Wohnungsbau wurden in Zusammenarbeit mit der Architektin, Alleinerziehenden aus dem Frauenschutzhause und einer Vertreterin des Wohnungsamtes ausgearbeitet. Jedes Familienmitglied sollte über ein eigenes abgeschlossenes Zimmer verfügen können. Zusätzlich sollte die Wohnung einen gemeinsamen Familienraum haben, der mit der Küche gekoppelt sein kann und der in diesem Projekt ein dielenartiger Durchgangsraum ist. Das Treppenhaus sollte so gestaltet sein, dass es zur Kommunikation und zum gemeinsamen Spielen der Kinder ermuntert. Außerdem sollte der Hausgemeinschaft ein Gemeinschaftsraum zur Verfügung stehen.

Die Forderung nach einem eigenen Zimmer für jedes Haushaltsmitglied stößt bei diesem Projekt auf Probleme, da der Wohnungszuschnitt das Wohnzimmer zum dielenartigen Durchgangsraum degradiert, der keine Rückzugsmöglichkeiten mehr bietet. Bei einer Vergrößerung des Haushalts bedeutet das, dass entweder ein Zimmer doppelt belegt wird, oder jemand – zumeist die Mutter – im Durchgangsraum schläft.

Den Hausgemeinschaftsraum des Projekts nutzen hauptsächlich die Kinder, zum Teil auch gemeinsam mit Kindern aus der Nachbarschaft. Die unterschiedlichen Altersstufen sind dabei offensichtlich nicht problematisch. Die Erwachsenen benutzen ihn für Hausversammlungen.



Grundriss Obergeschoss, "Wohnprojekt für Alleinerziehende", Architektin: Angelika Blencke

Innovationen

Welche Innovationen haben die 55 dokumentierten Frauenwohnprojekte hervorgebracht?

Ein besonders auffallender und innovativer Beitrag, den Frauenwohnprojekte leisten, liegt in der Beteiligung der zukünftigen Mieterinnen und Mieter, die im öffentlich geförderten Wohnungsbau bisher nicht üblich ist. Auf sie wird in der Dokumentation näher eingegangen. Wegen der Kürze der Zeit verzichte ich in meinem Vortrag darauf und nenne einige durch die Projekte selbst hervorgerufenen Innovationen.

Selbstorganisierte Projekte

Die selbstbestimmte Lebensgestaltung innerhalb einer Gemeinschaft gleichgesinnter Frauen steht im Vordergrund und die Identifikation mit den Projekten ist sehr hoch. Folgende Innovationen werden u.a. von ihnen sinngemäß häufig genannt:

- Frauen gemeinsam schaffen Räume für sich selbst.
- Diese ermöglichen ihnen eine individuelle und eigenständige Lebensgestaltung unter Gleichgesinnten.
- Die auf Mitbestimmung basierende gemeinsame Verantwortung trägt zur gegenseitigen Entlastung der Einzelnen bei.
- Frauenwohngenossenschaften ermöglichen Frauen gesicherte Wohnverhältnisse.
- Die Verbindung mehrerer Lebensbereiche wie Wohnen, Erwerbsarbeit, Kultur und Erholung überwindet endlich die sonst übliche Trennung der Bereiche, deren Einseitigkeit dem auf Vielseitigkeit angelegten weiblichen Lebenszusammenhang nicht entspricht.

Wettbewerbe / Bauausstellungen

Da Wettbewerbe und Bauausstellungen häufig eine Vorbildfunktion für weitere Wohnungsbauprojekte übernehmen, haben Innovationen hier die besten Chancen auf weite Verbreitung. Folgende Innovationen werden von Seiten der Veranstalter häufig benannt:

- Neue Grundrisskonzeptionen werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten im sozial geförderten Wohnungsbau realisiert.
- Die Berücksichtigung der Hausarbeit wird zum wesentlichen Plankriterium für den Wohnungsbau erhoben.
- Architektinnen, die sich auf Frauenbelange spezialisiert haben, bekommen die Chance auf Umsetzung ihrer Architektur.
- Neue Wettbewerbsverfahren unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure werden erprobt, um gemeinsam zu schnellen Problemlösungen zu kommen.
- Die zukünftigen BewohnerInnen werden umfassend beteiligt.

Direktaufträge

Die aus Direktaufträgen hervorgegangenen Projekte sind auf sehr spezifizierte Adressatengruppen, nämlich Frauen in besonderen Lebenslagen, ausgerichtet. Die wichtigsten von den Projekten selbst benannten Innovationen lassen sich zusammengefasst folgenden Aussagen entnehmen:

- Konzepte für besondere Lebenssituationen von alten, jungen oder schwangeren Frauen etc. werden in spezielle Wohnungsangebote umgesetzt.
- Damit werden Schutzräume für diese Frauen geschaffen und Hilfe in definierten Notlagen geleistet.

Schlussbemerkungen

Es sind vorwiegend Frauen, die Initiativen zu Wohnexperimenten starten. Sie nehmen Einfluss auf Architektur und Planung: Als Nutzerinnen, um die eigenen Lebensvorstellungen verwirklichen zu können, und als Expertinnen, um an weiblichen Lebensmustern orientierte Kriterien und Funktionserfordernisse fachgerecht in die Wohnungsbaupraxis umzusetzen.

Vor allem in den selbstorganisierten Frauenwohnprojekten wird dem Bedürfnis vieler Frauen, zugleich eigenständig und unabhängig zu sein als auch in einer Gemeinschaft zu leben, Raum gegeben. Vielfältige Lebensformen und unterschiedliche Lebenssituationen von Frauen finden hier Berücksichtigung. Die isolierte Betrachtung des Wohnens bricht auf zugunsten der Einbeziehung weiterer Lebensbereiche, die mit dem Wohnen räumlich verknüpft werden. Dieser Projekttyp lebt von der Eigeninitiative. Auf den allgemeinen Wohnungsbau sind seine Ansätze deshalb nur begrenzt übertragbar.

Wettbewerbe und Bauausstellungen haben Grundrisse hervorgebracht, die primär auf Alltagstauglichkeit abzielen. Problematisch dabei ist, dass die Rolle der Frauen als Hausfrauen, an der die Planung sich orientieren soll, besonders betont wird. Dennoch sind in den Frauenwettbewerben Wohnungen entstanden, die eine größere Wahlmöglichkeit in der Nutzung zulassen als bisher im Sozialen Wohnungsbau üblich.

Aus Direktaufträgen hervorgegangene Frauenwohnprojekte tragen einerseits bei bestimmten Zielgruppen zur Problemlösung bei, indem sie Betreuung und Hilfe durch gegenseitige Unterstützung bieten. Andererseits unterliegt die Konzentration bestimmter Problemla-

gen an einem Ort leicht der Gefahr einer Stigmatisierung.

Das eigentliche Ziel sollte sein, die Anforderungen bestimmter Zielgruppen als Facetten im gesamten Prozess sich weiter ausdifferenzierender Lebensformen und Wohnbedürfnisse zu sehen und in den Wohnungsbau zu integrieren.

Die Dokumentation
"Aktuelle Frauenwohnprojekte in Deutschland" von
Sabine Rebe finden Sie unter
www.niedersachsen.de/MI1.htm im Internet.



Bauen für und mit Frauen – Ein Werkstattbericht

Elinor Schües

Nachdem Josef Bura die allgemeine Situation in Hamburg geschildert hat, möchte ich in meinem Beitrag meine Erfahrungen als Architektin in einem Büro schildern, das sich gegründet hat mit und wegen der Betreuung alternativer Wohnprojekte und solche – inzwischen neben vielen anderen Aufgaben – seit 20 Jahren betreut.

Weil es mir dabei um Beantwortung Ihrer „Tagungsfragen“ geht, nämlich wie neue, selbstbestimmte Wohnformen für Frauen und Kinder in Braunschweig ermöglicht werden können, gliedert sich mein Vortrag in drei Teile:

1. Welche Wohnwünsche und welche Gründe

führen – besonders für Frauen - zur Gründung eines „Alternativen Wohnprojektes“: dies ist deshalb interessant, weil daran Wohnwünsche deutlich werden, die der Wohnungsmarkt nicht ausreichend abdeckt.

2. Welche InitiatorInnen

kommen für die Gründung innovativer Projekte infrage? An drei Beispielen aus unserer Praxis möchte ich die Bedingungen für verschiedene Konstellationen erläutern.

3. Welche Hindernisse

stehen der weiteren Ausbreitung erfolgreicher Modelle von und für Frauen entgegen und was muß sich tun, damit es leichter wird, selbstbestimmt zu wohnen ?

1. Wohnwünsche

In Hamburg haben wir zur Zeit einen Senat, dessen oberste Priorität „Innere Sicherheit“ ist. Damit ist in erster Linie die Eindämmung privater Gewalt gemeint, bisher allerdings zugunsten staatlicher Gewalt. „Innere Sicherheit“ kann - in ganz anderer Form - auch die Überschrift für die Wohnkonzepte unserer BauherrInnen heißen:

Gemeinschaftliches Wohnen

Das Wohnen in einer selbstgewählten Nachbarschaft, mit Menschen, die sich vor dem Einzug kennengelernt haben, die sich mögen und ähnliche Ziele verfolgen ist Grundlage aller Projekte. Für Frauen stehen dabei besonders die Möglichkeit und der Anspruch an gegenseitige Unterstützung im Vordergrund: Unterstützung bei der Kinderbetreuung ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Elternsein und Berufsausübung, Unterstützung bei Krankheit, Behinderung und im Alter ermöglicht eine längere Selbständigkeit und Verbleib in der eigenen Wohnung. Und sie bedeutet ein sichereres Wohnumfeld besonders für Frauen und Kinder.

Selbstbestimmung

Das Mitgestalten der eigenen Wohnung, der Gestaltung der Gemeinschaftsbereiche und des Außenraums ist für alle ein wichtiges Anliegen, gleichzeitig ein anstrengender Lernprozeß über die baurechtlichen und finanziellen Grenzen und komplizierten Verfahrenswege, denen Wohnungsbau unterliegt.

Die Selbstbestimmung erstreckt sich weiterhin auf Organisation und Finanzierung, schließlich den Betrieb der Anlage, auf Verwaltung, Instandhaltung und Nachbelegung von Wohnungen. Es

wird Verantwortung und Kontrolle über das Wohnumfeld übernommen vor dem Hintergrund der Sicherheit, nicht irgendwann veränderten Zielen von Vermietern weichen zu müssen.

Verantwortung und finanzielle Sicherheit

Allen Projekten ist auch bei ganz unterschiedlichen Organisationsformen eine langfristige Finanzierung, zumindest langfristige Verträge gemeinsam. Dies ist für viele, bei allen Wünschen nach ökologischen, gemeinschaftlichen, alternativen etc. Wohnformen ein wichtiger Punkt vor dem Hintergrund steigender Wohnungskosten oder unsicherer Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Dafür sind sie bereit, Zeit und Eigenes einzusetzen, manchmal sogar dazu, einen wirtschaftlichen Ausgleich innerhalb der Gruppe herzustellen.

Frauenwohnprojekte

Bei der Durchsicht der mit Beteiligung meines Büros planerkollektiv realisierten über 30 Wohngruppenprojekte ist mir aufgefallen, daß kein einziges „reines“ Frauenwohnprojekt dabei war. Die Ausnahme bilden drei Frauenhäuser, die wir geplant haben – hier kann von selbstbestimmtem Wohnen jedoch nicht gerade gesprochen werden. Ansonsten war ich fast überrascht, weil viele Projekte ganz überwiegend von Frauen initiiert oder mitinitiiert worden sind. In der Anfangszeit war das nicht so, als viele Projekte aus Hausbesetzungen hervorgingen und die meisten Leute jung und Single waren, so dass die geforderte bauliche Selbsthilfe von 500 Stunden pro Person kein Problem darstellte. Allerdings gab und gibt es in dieser Szene Projekte, wo es eine Frauen- und

eine Männer-Wohngemeinschaft gibt. Eines will ich Ihnen gleich vorstellen.

Heute, wo es nicht mehr nur um Altbauerneuerung geht, sondern um sozialen Wohnungsneubau bis hin zu Eigentümergeinschaften, dabei auch um Menschen mit Kindern, mit Behinderungen, um alte Menschen, sitzen mir manchmal 30 Frauen und ein Mann gegenüber. Das zweite Projekt, das ich zeigen möchte, ist ein solches Projekt, bei dem fast alle Beteiligten Frauen waren und sind.

Dabei gibt es - nachzulesen auf der Homepage des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter - mehr als 30 Wohnprojekte in Deutschland für Alleinerziehende, in Klammern „und andere“. Auch in Hamburg sind mir drei

reine Frauenwohnprojekte bekannt, die auch bundesweit publiziert sind. Zur Zeit ist ein Projekt in Hamburg im Entstehen, dass das mittelalterliche Konzept der Beginen verfolgt, also das Miteinander Wohnen und Arbeiten von Frauen. (In Bremen wurde ein solches Projekt bereits realisiert.)

Wenn ich mich trotzdem traue, hier etwas zum Thema „Innovative Projekte von und für Frauen“ zu sagen, dann deshalb, weil es nach meiner Erfahrung heute ganz überwiegend die Frauen sind, die sich von einer nachbarschaftlichen Wohnform, einer sicheren wie selbstbestimmten Wohnumgebung besonders viel versprechen und deshalb aktiv werden. Dass sie dabei in der Regel mit Männern zusammenwohnen wollen, ist Teil ihrer Selbstbestimmung

2. InitiatorInnen

Die allermeisten Projekte gingen und gehen von den BewohnerInnen selbst aus. Das Spektrum erstreckt sich dabei von Hausbesetzern, die sich als Verein organisieren über Kleingenossenschaften bis hin zu Wohnungseigentümergeinschaften, die sich ein Haus oder Grundstück erstreiten und den langen Planungs- und Bauprozess gegen alle Widerstände organisieren.

Heute geht es mir darum, auch zwei erfolgreiche Projekte vorzustellen, deren BewohnerInnen selbständig nicht die Kraft gehabt hätten, diesen Weg zu gehen, die aber besonders dankbar für die gewonnene Wohnform sind: Ein Projekt wurde von einem ambulanten Pflegedienst mit Hilfe eines Trägers der Stadterneuerung ins Leben gerufen, eines von einer Wohnungsbaugesellschaft.

„Nimm Zwei“, Ludwigstraße 8

Dies ist ein harterstrittenes Projekt in einem Stadterneuerungsgebiet, dem Schanzenviertel in Hamburg. Jahrelang hat die Gruppe „Nimm Zwei“ versucht, im mehrere Häuserblöcke umfassenden Areal der Gewürzmühle Herrmann Laue, das zum Verkauf stand, mit Hausbesetzungen auf den spekulativen Leerstand hinzuweisen. Nach dem zweiten Verkauf an eine Investorengruppe wurde erreicht, dass das Grundstück an der Ludwigstraße an die Stadt Hamburg veräußert wurde, die ihrerseits mit der Wohnungsbaugenossenschaft Schanze eG., die von STATT-BAU für solche Projekte gegründet worden ist, einen Erbbaurechtsvertrag schloss. Der Investor wollte daran die Bedingung knüpfen, dass im gesamten Viertel keine Randalen oder Beschädigungen mehr stattfänden – dies wirft ein Schlaglicht auf die besonders freundliche Nachbarschaft mit dem Investor.



„Nimm Zwei“ besteht aus drei Gruppen: einer Frauengruppe, einer Männergruppe und den sogenannten „Gemischten e.V.“. Die Leute sind jung bis „Mittelalter“, einige haben Kinder, alle sind im Viertel verwurzelt und wollten statt einzeln lieber gemeinschaftlich und phantasievoll, ökologisch und selbstbestimmt wohnen, dabei die Kosten durch umfangreiche bauliche Selbsthilfe minimieren, um in ihrem beruflichen Weg unter weniger finanziel-

lem Druck zu stehen. Das ehemalige Lager- und Bürohaus der Gewürzmühle wurde zu sieben Wohneinheiten auf 1520 m² umgebaut und im Jahr 2000 fertiggestellt.

Baubetreuer war STATTBAU Hamburg. Der Umbau wurde mit 85% öffentlichen Mitteln über das Alternativer Baubetreuungsprogramm (ABB-Programm), 15 % über bauliche Selbsthilfe finanziert, wobei all diejenigen Wünsche, die über den ABB-Standard hinausgingen, vollständig selbst finanziert werden mußten. 15% Selbsthilfe klingt nicht viel. Allerdings wird das Material aus dem öffentlichen Topf finanziert, der Umfang der Selbsthilfeleistung bei diesen Projekten liegt leicht bei 50%, geht also weit über Maler- und Bodenbelagsarbeiten hinaus. Dafür sind dann langfristig preisgünstige Mieten gesichert.

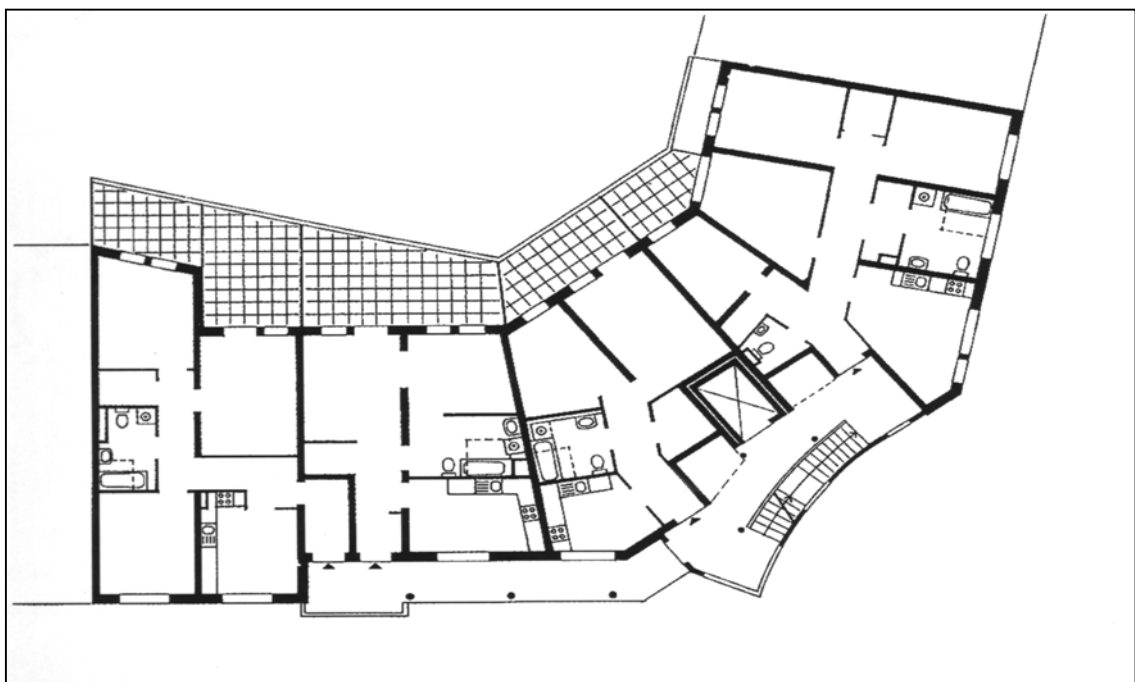
Bei diesem Projekt fallen insbesondere die kreativen, manchmal wilden Fliesenarbeiten und Fassadengestaltungen auf, überhaupt die bewußte Abkehr vom Diktat des rechten Winkels auf. Und die Frauen ? Die Frauengruppe machte deshalb am meisten Probleme, weil sie sich personell und größenmäßig ständig änderte, zwischenzeitlich bestand sie nur aus einer Frau. Allerdings waren auch die anderen Gruppen während der Planungsphase keineswegs gefestigt. Als wir, angefangen von „A“, die Grundrissalternative „Z“ zeichneten, war unsere Geduld wie unsere Finanzen arg strapaziert. Schon diese Erfahrung während der Planungsphase zeigt, wie sehr Grundrisse für die Möglichkeit von Veränderungen geplant werden müssen. Nutzungsneutrale Räume sind im „normalen Wohnungsbau“ immer noch keine Selbstverständlichkeit. Individualräume für jeden und die Beziehungen zwischen Einzelnen und der Gemeinschaft und zwischen Innen- und Außenraum wurden sorgfältig geplant. Das Projekt "Nimm zwei" ist heute ein stabilisierender Faktor in einem sehr belasteten Stadtteil.

Wohnprojekt „BUNTBAU e.V.“, Lippmannstraße / Eifflerstraße

Dieses Projekt wurde angeregt von dem ambulanten Pflegedienst „Intervall“, der die durch seine Arbeit in St. Pauli bekannten oft völlig unzureichenden, ja freiheitsberaubenden Wohnbedingungen für kranke und behinderte Menschen im Stadtteil verändern wollte. Dabei war das Ziel, eine Mischung von Behinderten und Nichtbehinderten, Alten und Jungen, Singles und Familien zu erreichen. Dies ist übrigens die Gruppe mit 30 Frauen und einem Mann, von der ich sprach. Das hat sicher damit zu tun, dass Männer in Pflegesituationen viel häufiger von Frauen versorgt werden als das umgekehrt der Fall ist. Und dass es anscheinend viel mehr nichtbehinderte Frauen als Män-

ner gab, die in einer solchen Mischung gerne wohnen wollten.

Wir konnten Kontakte zur Stadterneuerungsgesellschaft und einem privaten Investor herstellen. Der Investor, ein Arzt, der Geldanlage mit sozialen Zielen verbinden wollte, kaufte das Grundstück, mit Stadterneuerungsmitteln konnten Abrisse und Altlastenbeseitigung finanziert werden, Intervall und wir Architekten luden Interessierte ein und begleiteten den Gruppenprozess über ein Jahr bis zum Baubeginn. Schon während der Bauphase löste sich die Gruppe von ihrem Mentor Intervall und übernahm mehr Verantwortung. Dabei konnte gegenüber dem Eigentümer kein Gesamtmietvertrag durchgesetzt werden, es blieb bei Einzelmietverträgen.



Grundriss des Wohnprojekts BUNTBAU

Über zwei Geschossen mit Gewerberäumen und einem Kindertagesheim sind 19 Wohnungen entstanden, die wie üblich mit den zukünftigen Mietern gemeinschaftlich geplant wurden. Alle Wohnungen sind barrierefrei, die Hälfte rollstuhlgerecht geplant, damit alle alle auch besuchen können. Dies erweist sich heute als Pferdefuß bei der Neuvergabe von Wohnungen: Das Amt für Wohnungswesen besteht auf der Vergabe nur an Rollstuhlfahrer bzw. Leute mit Anrecht auf eine barrierefreie Wohnung.

Jedes Mal ist es ein Kampf, dass die von der Gruppe ausgesuchten Leute einziehen dürfen. Ziel ist ja gerade nicht die einseitige Belegung nur durch behinderte Menschen.



Trotz dieser Hindernisse hat sich hier eine Gruppe zusammengefunden, von denen einige sagen, daß sie sogar ihre Lebensrettung darstellt, wie Leute die vorher in Heimen gelebt haben und dort völlig fehlplaziert waren oder eine Mutter im Rollstuhl, die jetzt ihr Kind ganz anders in der Gemeinschaft aufwachsen sieht.

Der gesetzlich vorgeschriebene Wäschetrockenraum ist längst zum Jugendraum verändert worden.

Diese Frauen hätten nicht aus eigener Kraft dieses Projekt gründen können, gerade deshalb wünsche ich mir mehr solcher Initiativen. Wir haben danach deshalb ein weiteres Projekt mit Intervall zusammen realisieren – wieder mit einer Mehrheit von Frauen - in dem Wohngemeinschaften von Nichtbehinderten mit Querschnittgelähmten wie auch Einzel- und Familienwohnungen entstanden sind, ebenfalls in zentraler Stadtlage.

Wohnprojekt „Traumhaus Tulipas“, Grumbrechtstraße 47

Als drittes möchte ich Ihnen ein Projekt vorstellen, das von einer Wohnungsbaugesellschaft initiiert worden ist: Im Stadtteil Hamburg-Heimfeld hat mein Büro, das Planerkollektiv, in einem jahrelangen Prozess viele Wohnungen aus den 30er und 50er Jahren für die städtische SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft modernisiert. Inmitten dieser Zeilen gehörte der SAGA ein Haus innerhalb einer Zeile mit anderen Eigentümern, das nicht in den „normalen Bestand“ paßte. Zusammen mit dem „Förderverein Heimfeld“, schlugen wir 1996 deshalb, nachdem wir viele Mieter im Gebiet kennengelernt hatten, vor, hier ein Wohnprojekt in Form einer Hausgemeinschaft zu versuchen. Alle interessierten Familien, Alleinlebende und Alleinerziehende wohnten zuvor schon in Heimfeld.



Aufgrund von Familienzuwachs brauchten mehrere mehr Wohnraum – wollten aber im Stadtteil bleiben. Sie wollten gemeinschaftlich wohnen und waren bereit und in vielen Fällen auch qualifiziert, sich durch den Einsatz von Selbsthilfe eine langfristig günstige Wohnmöglichkeit zu schaffen. Die SAGA ließ sich deshalb auf das Experiment ein, weil sie in uns und in STATTBAU erfahrene Partner bei der

Abwicklung solch eines Projektes wusste.

Das Haus war nur noch teilweise vermietet. Allen Mietern wurde angeboten, nach der Modernisierung in das Haus zurückzuziehen. Keiner machte davon Gebrauch. Umsetzungen waren im Gebiet sowieso wegen der laufenden Modernisierungen in großem Stil im Gange. Die SAGA bestand auf Einzelmietverträgen. Allerdings ist im Kooperationsvertrag geregelt, dass die Wohngruppe Vorschlagsrecht hat und die SAGA diesen Vorschlag nicht grundlos ablehnen darf.

Das Projekt umfaßt sieben Wohnungen mit 574 m². Sehr unterschiedliche Wohnungsgrundrisse mit offenen Wohnküchen oder kleinen Arbeitsküchen, mit wenigen großen oder mehreren kleinen Zimmern sind auf diese Weise entstanden.

Die Stadtentwicklungsbehörde förderte das Bauvorhaben aus dem Alternativen Baubetreuungsprogramm, ein Teil der Kosten, der über den ABB-Höchstgrenzen lag, wurde von der SAGA vorfinanziert. Mit Abbrucharbeiten, Fliesen- und Malerarbeiten erwirtschaftete die Mietergruppe rund Euro 65.000 in Eigenleistung: neben Beruf und Familie ging das sehr an die Substanz. Heute können die neuen Mieter sich individuell gestaltete Wohnungen zu bezahlbaren Konditionen (5.70 DM netto kalt, nach 5 Jahren jährlich 30 Pf / m² Steigerung) leisten und vor allem eine familien-gerechte Nachbarschaft mitgestalten. Beim Einzug im letzten Jahr wurde das Projekt, weil die Bewohner nicht der bei Wohnprojekten üblichen Mittelschicht entstammen, in der Zeitung mit „Die Jogginghosen-Hausgemeinschaft“ betitelt.

3. Hindernisse

Mangelnde Hilfe:

Den meisten Interessierten gelingt die Umsetzung eines Wohnprojektes nicht, weil sie nicht genug Ressourcen sprich Zeit und Geld haben, um ein so schwieriges und langfristiges Unterfangen durchzustehen. Dies gilt besonders für Frauen. Hilfe bei der Bildung von Hausgemeinschaften ist deshalb notwendig. In Hamburg gibt es beispielsweise den Verein Jung und Alt und die „Grauen Panther“, die Interessiertentreffen veranstalten, zwei städtisch finanzierte Baubetreuer und eine jüngst erstellte Broschüre der Baubehörde informieren, es gibt mehrere Architekten, die sich mit den Verfahren und den Spielräumen (wie dem Umdeklariieren von Gemeinschaftsräumen zu Garagen und Trockenräumen) auskennen. Für viele Interessierte reicht das nicht aus, der Prozess von Gründung bis Baubeginn ist einfach zu schwierig und zu langwierig.

Grundstücke:

Haupthindernis ist das Angebot an bezahlbaren Grundstücken oder Häusern. Obwohl in letzter Zeit eine große Menge an Grundstücken und Gebäuden in den begehrten städtischen Lagen von Gewerbe, Bahn, Post, Bundeswehr etc. auf den Markt kommen, sind sie für Wohngruppen unerschwinglich, wenn sie im Höchstgebotsverfahren veräußert werden.

Eigenkapital:

Im geförderten Wohnungsbau – ich spreche jetzt nicht von Eigentümergemeinschaften – ist der Eigenkapitalanteil für Frauen oft schwer aufzubringen. Besonders für Alleinerziehende hat sich das als Problem erwiesen; Sie können nicht einfach Eigenkapital durch bauliche Selbsthilfe ersetzen, weil sie schon gleichzeitig Geld verdienen und Kinder betreuen müssen. Auch für Familien ist das ein Problem.

Schlussfolgerungen

Ich plädiere deshalb für ein Engagement von Grundeigentümern, Trägern der Wohlfahrtspflege wie Städten bei der Initiierung von Bau- und Hausgemeinschaften. Ich glaube sagen zu können, dass sich das bei den beiden vorgestellten Projekten für die Eigentümer durchaus ausgezahlt hat.

Ich plädiere in diesen Organisationen besonders auch an die Frauen. Dass viele Projekte, die Frauen zugute kommen, entstehen, weil wenige Frauen an entscheidenden Stellen sich zusammen engagiert haben, ist ein Ergebnis des Forschungsprojektes „Frauengerechte

Stadtplanung“, bei dem ich vor einigen Jahren mitwirken konnte.

Jedes Wohnprojekt ist anders. Für uns zeigen sie immer wieder die Vielfalt von Bedürfnissen und Lösungswegen. Wir versuchen deshalb, auch im Kontakt mit unseren „normalen Bauherren“, zum Beispiel den Wohnungsbaugesellschaften, Erkenntnisse aus der Arbeit mit Wohnprojekten einfließen zu lassen. Wohngruppenprojekte sind immer wieder Seismographen sich ändernder Lebensformen und zeigen neue Bedarfe, die berücksichtigt werden sollten.



Bauvorhaben Frauen planen für Frauen und Familien

Stefanie Brinkmann-Gerdes

Bereits im Juli 1998 wurde von der GSG (Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft) Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH Oldenburg das Neubauprojekt Frauen planen für Frauen und Familien fertiggestellt. Es handelt sich dabei um ein Bauvorhaben, das im Rahmen eines Gutachterverfahrens – vom Frauenbüro und dem Hochbauamt der Stadt Oldenburg ausgelobt und vom Niedersächsischen Frauenministerium und der GSG gefördert wurde.

Zentrale Aufgabenstellung war "... im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus ein Wohnprojekt zu konzipieren, das sich besonders an den Wohnbedürfnissen von Frauen und Familien orientiert." Am Beispiel dieses Bauvorhabens läßt sich veranschaulichen, was eine stärker an spezifischen Bedürfnissen orientierte Wohnungsbauplanung auszeichnet.

Gutachterverfahren

Vorgaben zur Wohnungskonzipierung und Raumgestaltung im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus stimmen vielfach nicht mehr mit den Ansprüchen und Bedarfen der nachfra-

genden Mieterschaft überein. Kritisiert werden z.B. Raumgrößen, Wohnungszuschneide und die Gestaltung des näheren Wohnumfeldes, die insgesamt wenig Möglichkeiten zur Aneignung und zum Ausleben individueller Vorstellungen geben.

Ursache für diese Kritik sind u.a. veränderte Wohn- und Lebensentwürfe, die neben der traditionellen Familie eine Vielzahl unterschiedlicher Haushaltstypen entstehen lassen. Hierin enthalten ist insbesondere auch der wachsende Anteil der Single- und alleinerziehenden Haushalte, für die vielfach im öffentlich geförderten Wohnungsbau die Wohnungsgrößen und Mietpreise nicht adäquat sind.

Betrachtet man die psychologische Bedeutung der Wohnung, gilt es anzuerkennen, daß gerade für Frauen und Mütter eine Wohnung oft Arbeitsplatz und Ort der Regeneration zugleich ist. Herkömmliche Wohnungszuschneide erfordern hier von ihren Nutzerinnen eine großes Improvisationstalent und gestatten ihnen selten eine klare Trennung der Arbeits-, Wohn- und Lebensbereiche.

Unter Berücksichtigung der vorgestellten spezifischen Aspekte gesellschaftlicher Veränderung waren sieben Architektinnen aus Oldenburg und der näheren Umgebung aufgefordert, sich an dem Gutachterverfahren zu beteiligen.

Bauliches Konzept

Auf einem von der GSG zur Verfügung gestellten ca. 3500 qm großen Gelände sollte ein Wohngebäude mit 25 – 30 Wohneinheiten für Alleinerziehende, Familien und Alleinlebende konzipiert werden. Intention war, für die verschiedenen Bewohnerinnengruppen innerhalb der Wohnung und im näheren Wohnumfeld durch eine veränderte Architektur neue Möglichkeiten der Wohnzufriedenheit und weitere Strukturen für ein solidarisches Zusammenleben zu schaffen.

Der Ausschreibungstext enthielt relativ klare Vorgaben, sowohl was die Bereiche innerhalb als auch außerhalb der Wohnung betraf.

Wohnung

Innerhalb der Wohnung sollten die Wohn- und Individualräume gleichberechtigt und annähernd gleich groß sein. Die Küche sollte so geplant werden, daß sie der Erfüllung vielfältiger Aufgaben dient.

Außer Funktionalität sollte sie Platz zur Einrichtung eines Eßplatzes bieten und Raum bzw. freie Sicht zur Beaufsichtigung von Kinderspiel gestatten. Im Badezimmer sollte genügend Platz für Wäsche- und Babypflege eingeplant werden.

Die Abstellräume sollten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohnung ausreichend groß und möglichst geschickt integriert werden.

Näheres Wohnumfeld

Auch außerhalb der Wohnung galt es diverse Vorgaben zu berücksichtigen: Jede Wohnung sollte einen Balkon oder eine Terrasse besitzen, der bzw. die von seiner Größe her den jeweiligen Bewohnerinnen als "Naherholungsfläche" dienen kann.

Die Eingangsbereiche sollten wettergeschützt und – gerade unter Sicherheitsaspekten – gut einsehbar und beleuchtet sein. Außerdem war genügend Abstellfläche für Kinderwagen, Fahrräder etc. gefordert.

Die zum Wohngebäude gehörenden Außenanlagen sollten mit einem hohen Aufenthaltswert gestaltet werden, so daß sie Freiräume bieten, sowohl für Kinderspiel und Kommunikation, aber ebenso dem Wunsch nach Ruhe, Rückzug und Ungestörtheit nachkommen.

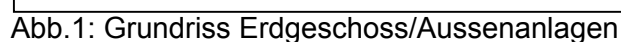


Innenhof mit Kinderspielplatz

Umsetzung und Realisierung

Entsprechend dieser Vorgaben und einer vergleichsweise kurzen Ausschreibungsfrist von ca. acht Wochen, wurden vier sehr interessante und anspruchsvolle Arbeiten von hoher Qualität eingereicht. Die Jury entschied sich hier einstimmig für den Entwurf der "Architektinnengemeinschaft im Wasserturm" – Karin Baatz und Andrea Geister-Herbolzheimer.

- zwei Ein-Zimmer-Wohnungen mit 42 bzw. 43 m²
- 18 Zwei-Zimmer-Wohnungen mit 47 – 66 m² und
- acht Drei-Zimmer-Wohnungen mit 71 – 77 m².
- Eine Erdgeschoßwohnung ist rollstuhlgerecht.



Privater Bereich

Durch Schalträume, die der einen oder anderen Wohnung zugeordnet werden, kann aus einer Drei-Zimmer-Wohnung ein Vier-Zimmer-Wohnung entstehen, die dann eine Größe von ca. 87 m² hätte.

Neben dieser besonderen Variante zur Veränderung von Wohnungsgrundrissen je nach sich ändernder Familienkonstellation haben die Wohnungen annähernd gleich große, gleichberechtigte Räume von ca. 16 – 18 m² (s. Abb. 2).

Die Küchen wurden unabhängig von der Himmelsrichtung so angeordnet, daß man von dort aus in den Innenhof schauen kann, z.B. um die Kinder beim Spielen zu beaufsichtigen. Jede Küche hat einen direkten Ausgang auf das erweiterte Treppenpodest und ermöglicht so u.a. die Verrichtung von Hausarbeiten im Freien.



Offene Treppenhäuser fördern die Kommunikation

Mit ca. 10 m² haben die Küchen eine ausreichende Größe, um einen Eßplatz einzurichten und um zugleich Wohn-, Arbeits- und Spielort zu sein. Die Balkone und Terrassen sind jeweils auf der dem Hof abgewandten Hausseite und haben eine durchschnittliche Größe von fünf – zehn Quadratmetern. Sie dienen den Mieterinnen und Mietern als privater Rückzugs- und Erholungsbereich.

Im Norden sind unmittelbar an die Wohngebäude weitere Abstellgebäude gebaut, die u.a. ein „Basteln und Werken“ im Freien ermöglichen. Weiterhin befinden sich hier Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, der Heizungs- und ein Trockenraum.

Halböffentlicher und öffentlicher Bereich

Die Architektinnen haben mit ihrem Entwurf eine Architektur geschaffen, die innerhalb der Wohnanlage eine klare Differenzierung zwischen dem privaten, halböffentlichen und öffentlichem Bereich vornimmt. Die Treppenhäuser und der Innenhof bilden hier die Übergänge zwischen den halböffentlichen und öffentlichen Bereichen.

Die den Wohnungen vorgelagerten Treppenpodeste bieten jeweils genügend Platz zum Aufstellen von Tisch und Stühlen. Von hier hat jede Bewohnerin und jeder Bewohner eine gute Möglichkeit zur Kommunikation mit der Nachbarschaft, ist zugleich jedoch auf genügend Distanz, um nicht unbedingt in das unmittelbare Geschehen im Innenhof eingebunden zu sein.

Der Innenhof ist der Mittelpunkt der Wohnanlage. Durch seine Öffnung nach Süden ist er die meiste Zeit des Tages besonnt. Er ist strukturiert durch Plätze und Flächen für Kinderspiel, Sitzbänke, Wäschetrockenplatz und vermittelt auf diese Weise Übersichtlichkeit und Anregungen für Spiel und Kommunikation.

Kosten

Die Wohnanlage wurde im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus (§88 d, II. WoBauG) errichtet. Die finanzielle Beteiligung erfolgte durch das Land Niedersachsen, die Stadt Oldenburg, Kapitalmarktmittel und einen Ei-

genkapitalanteil der GSG. Insgesamt ergaben sich Kosten in Höhe von 5.938.000,- DM.

Die Wohnungen haben einen Quadratmeterpreis von 9,80 DM/kalt (5,- €) und liegen entsprechend der Raumgrößen und Zimmeranzahl innerhalb der Mietobergrenzen der Stadt Oldenburg für Bezieher/-innen von Sozialhilfe oder Wohngeld.

Qualitative Aspekte

Die Wohnanlage wurde in Niedrigenergiebauweise errichtet. Sie ist mit einem Gasbrennwertkessel ausgestattet, zudem erfolgt eine nachhaltige Wärmespeicherung durch massive Decken und Innenwände. Es findet eine passive Nutzung von Sonnenenergie durch große Fenster, die nach Süden und Westen gehen, statt. Es wurden keine gesundheitsgefährdenden Baustoffe verwendet. In den Grünanlagen wurden heimische Gehölze angepflanzt.

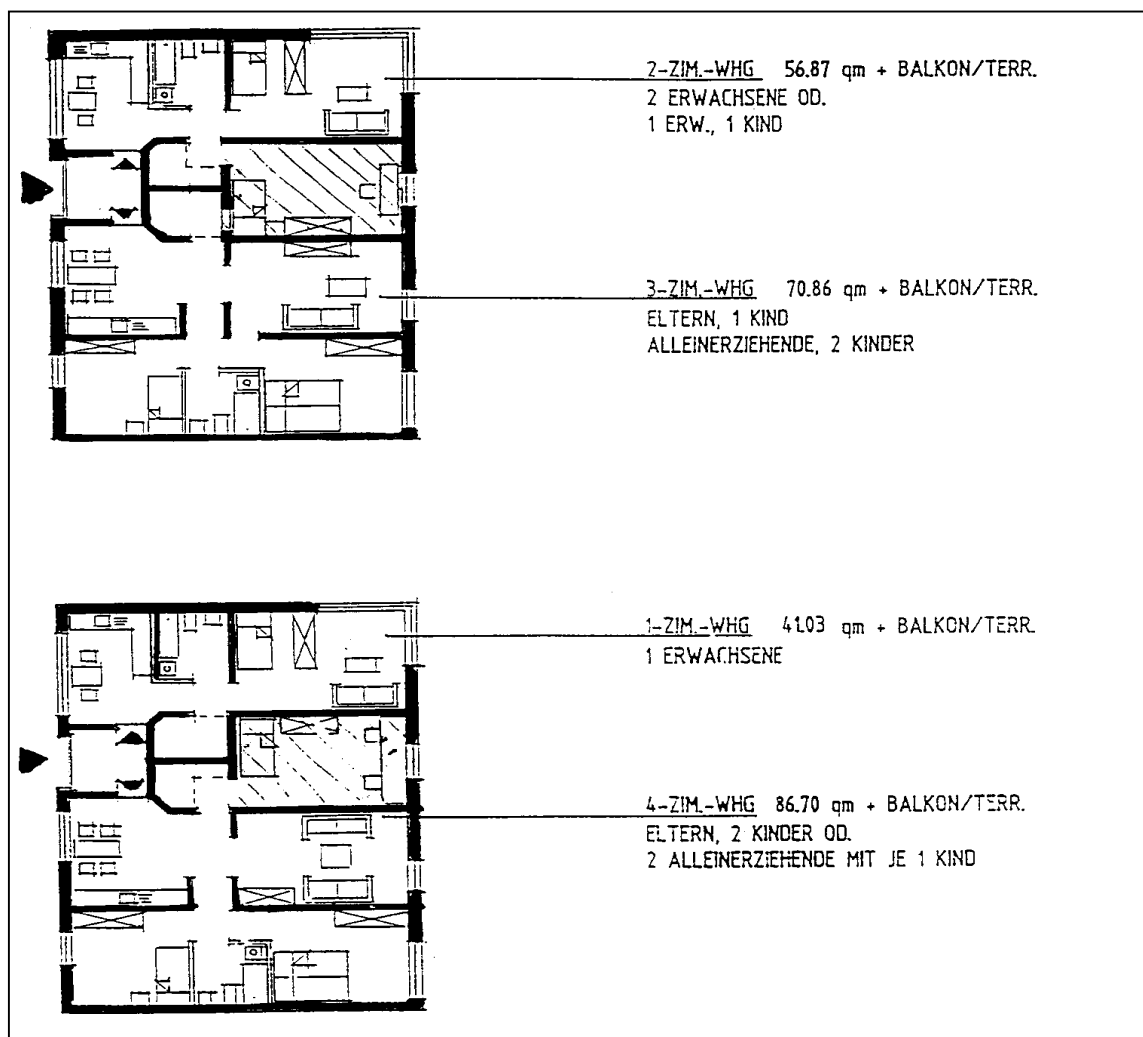


Abb. 2: Wohnungsgrundrisse mit Schaltraum

Erfahrungen, Erkenntnisse und Empfehlungen

Die Wohnanlage wurde vor nunmehr einem Jahr von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern bezogen und zeigt eine erfreuliche Bilanz:

Bewohnerstruktur:

- 19 Frauen, davon elf alleinerziehende Mütter
- 3 unverheiratete Paare, eins mit Kind
- 4 Ehepaare, davon eins mit Kind
- 2 Männer
- insgesamt 18 Kinder, im Alter von ½ bis 14/15 Jahren,

Durchschnittsalter der Hauptmieter/-innen: ca. 36 Jahre
Altersspanne ca. 20 – 60 Jahre.

Diese Zahlen spiegeln ein relativ exaktes Bild gegenwärtiger Wohn- und Lebensverhältnisse wider, nämlich den vergleichsweise hohen Anteil von Alleinlebenden und Alleinerziehenden. Aber auch absolut ist der Anteil von Frauen in dieser Wohnanlage hoch – er ergab sich jedoch nicht zuerst durch die Wohnungsvergabe, sondern durch die auffallend hohe vorausgehende Nachfrage von Interessentinnen für diese Wohnanlage.

Die Fluktuation, als ein Indiz für die Wohnzufriedenheit, ist eher gering. Bisher gab es 16 Wohnungswechsel, wovon immerhin drei innerhalb der Wohnanlage stattfanden. Es gibt grundsätzlich keine Probleme innerhalb der Frist Anschlußverträge für frei werdende Wohnungen zu schließen.

Daneben zeigt die individuelle Gestaltungsvielfalt, mit der Bewohnerinnen und Bewohner ihre Balkone und Treppenpodeste hergerichtet haben und der gesamte Umgang mit der Wohnanlage die positive Inbesitznahme der Mieterschaft mit ihrem neuen „Zuhause“.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse kann gesagt werden, daß die Konzeption des Gutachterverfahrens in ihrer Umsetzung und Realisierung ihr Ziel erreicht hat.

Dieses Bauvorhaben ist somit ein gelungenes Beispiel dafür, daß eine Kombination hoher gestalterischer, ökologischer, sozialer und funktionaler Qualitäten auch im Kostenrahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus möglich ist. Weiterhin wird hier deutlich, daß von einer vorausschauenden, bedarfsgerechten Wohnungsbauplanung alle beteiligten Seiten profitieren (gute Vermietbarkeit, Wohnzufriedenheit).

Die GSG OLDENBURG konnte mit Planungen dieser Art, so z. B. auch beim Mehr-Generationen-Wohnen bereits mehrfach positive Erfahrungen und entsprechende Erkenntnisse gewinnen. Dabei hat sich für das Wohnungsunternehmen eine Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen und Tendenzen, kombiniert mit der Bereitschaft darauf flexibel zu reagieren, bewährt.

Der Großteil unserer Bevölkerung durchläuft heute nicht mehr den klassischen Lebenslauf einer traditionellen Familie. Insofern bedeutet ein möglichst vielseitiges Wohnungsangebot, daß Interessenten – je nach aktueller, individueller Lebenssituation – eine adäquate Wohnform wählen können. Mietwohnungen behalten so ihre Attraktivität und unter dem Aspekt der Vermietbarkeit eine nachhaltige Sicherung.



Wohnen auf dem Kronsberg

Dieter Mattern

ZWEI BEISPIELE GEMEINSCHAFTLICHEN WOHNENS

Gesellschaftliche Veränderungen führen schließlich auch zu neuen Wohnformen; aber „ganz langsam“. Mit einigen Dias will ich Ihnen einen optischen Eindruck verschaffen, wie so etwas aus dem Blickwinkel eines Architekten betrachtet aussieht.

Zunächst ein Beispiel, wo Architekten versucht haben, Gemeinschaft zu bauen. Eine kleine Reihenhaussiedlung in Hannover-Ricklingen mit etwa 20 Häusern, die einen Hof bilden, den sogenannten „Anger“. Die gemeinsame Bewirtschaftung der Verkehrsflächen ist in einer Gemeinschaftsordnung geregelt.

Dann das Beispiel der Wohngruppe auf dem Kronsberg in Hannover: Dies ist ein ganz normales 3 ½-geschossiges Wohnhaus, in dem allerdings eine außergewöhnliche Gruppe von Mietern wohnt, die eine Hausgemeinschaft bildet.

DIE GRUPPE UND DAS HAUS

Diese Wohngemeinschaften im weiteren Sinne, also mehrere Haushalte, die nach bestimmten Regeln gemeinsam in einer Siedlung oder in einem Haus wohnen, bestehen immer aus zwei Komponenten: **die Gruppe und das Haus.**

Beide Bestandteile sind erforderlich, sind aufeinander angewiesen. Das verhält sich so ähnlich, wie beim Computer mit der „software und der hardware“. Auch da kann man mit dem „Kasten“ nichts anfangen, wenn man keine Programme hat.

Die beiden Bestandteile, Gruppe und Haus, haben in den beiden vorgestellten Gemeinschaftsprojekten ganz unterschiedliche Bedeutung. In dem Beispiel aus Hannover-Ricklingen ist die Architektur, die „hardware“, sorgfältig geplant und gebaut. Das gemeinschaftliche Wohnen, die „software“ dagegen

ist wenig ausgeprägt. Jeder Haushalt organisiert seinen eigenen Tagesablauf. Die Kontakte mit den Nachbarn sind meist zufällig: Man läuft sich über den Weg. Und das entspricht auch dem architektonischen Konzept. Ein ausgeprägtes soziologisches Konzept dagegen gibt es nicht.

Ganz anders ist die Bedeutung von Haus und Gruppe in der Hausgemeinschaft auf dem **Kronsberg**:

Das Haus ist ein ganz normales Mietshaus, das durch seine Architektur leider das gemeinschaftliche Wohnen kaum unterstützt. Dagegen ist der Zusammenhalt der Gruppe, also die „software“ sehr stark ausgeprägt. Das gilt sowohl für die internen wie auch für die externen Aktivitäten.



Das Haus, das Objekt der Begierde, spielt eine große Rolle bei der Gruppenbildung.

DIE GRUPPE

Eine Gruppe, die in einer Hausgemeinschaft zusammenwohnen will, entsteht nicht von heute auf morgen. Das braucht seine Zeit. Man muss sich doch zunächst einmal kennen und schätzen lernen, ehe man sich an die Gemeinschaft bindet.

Am besten funktioniert es, wenn über Zeitungsannoncen, Volkshochskulkurse oder aus einem privaten Bekanntenkreis eine Kerngruppe entsteht, die nach und nach zu einer größeren Gruppe von 10 bis 30 Personen heranwächst. Solch eine Gruppe ist weder zu klein, dass sie in ihrem Bestand gefährdet ist, noch zu groß, dass sie unüberschaubar wird. Diese Gruppe muß sich dann auf **gemeinsame Ziele** für das Zusammenleben und das Haus einigen.

Wichtig für die Gründung und das Bestehen der Gruppe ist aber auch die andere Komponente der Hausgemeinschaft, das Haus, das Objekt der Begierde. Solange es keine Aussichten gibt, dass das eine oder andere Haus für das Projekt geeignet sein könnte, ist es schwierig, eine Interessentengruppe beisammenzuhalten. Wenn kein Haus in Sicht ist, kann die Gruppe auseinanderbrechen, da die Hausgemeinschaft das einende Ziel ist und es sich nicht um ein Kaffeekränzchen handelt.

Wenn andersherum ein Haus zur Verfügung steht und von heute auf morgen eine Gemeinschaft gebildet werden soll, klappt es ganz sicher nicht mit einem nachhaltigen Zusammenleben in der Gruppe. Das Kennenlernen und Abstimmen braucht eben seine Zeit: Sicher einige Monate, wenn man intensiv zusammenarbeitet. Also:

Eine **Gruppe ohne Haus** ist problematisch, aber

Ein **Haus ohne Gruppe** ist sinnlos für das gemeinschaftliche Wohnen!

DAS HAUS

Zu Beginn unserer Arbeit wurden uns von vielen Interessenten gleich beim ersten Treffen folgende 3 Fragen gestellt:

- Wo ist das Haus?
- Wie hoch ist die Miete?
- Wann kann ich einziehen?

Da wir in den ersten Jahren nach der Vereinsgründung 1997 keine dieser Fragen verlässlich beantworten konnten, sind einige Interessenten schnell wieder abgesprungen. Da es diesen Interessenten offensichtlich in erster Linie um die Wohnung und nicht um die Gruppe ging, war das sicher auch gut so! Und wir haben weiter gekämpft, da wir überzeugt waren von der guten Idee und davon, dass wir es eines Tages schaffen würden.

Wie soll dieses Gemeinschaftshaus aussehen, welches sind die Mindestforderungen?

STANDORT:

- Dienstleistungsangebote, wie Läden, Post, Ärzte usw.
- Öffentlicher Nahverkehr
- Verkehrsberuhigte Lage

WOHNUNG: Barrierefrei

- Balkon oder Terrasse
- Bodengleiche Dusche

HAUS:

- Barrierefrei mit Aufzug
- Abstellräume für Fahrrad und Kinderwagen
- 10 bis 20 Wohnungen
- Gemeinschaftsbereich im Erdgeschoß

WOHNUMFELD:

- Sitzplatz im Freien
- Nachbarbebauung

Ja, das möchtest:

Eine Villa im Grünen mit grosser Terasse, vorn die Ostsee, hinten die Friedrichstraße; mit schöner Aussicht, ländlich-mondän, vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehn – aber abends zum Kino hast du nicht weit.

Das Ganze schlicht, voller Bescheidenheit:

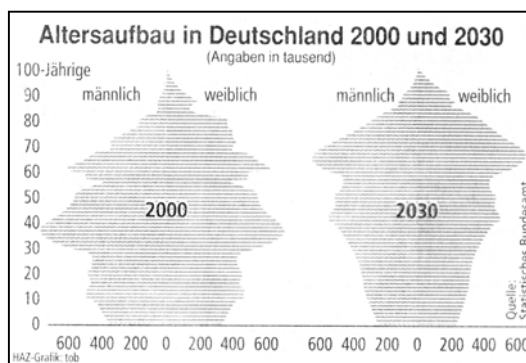
Neun Zimmer,-nein, doch lieber zehn!
Ein Dachgarten, wo die Eichen drauf stehn,
Radio, Zentralheizung, Vakuum,
eine süße Frau voller Rasse und Verve-
und eine fürs Wochenende, zur Reserve-
eine Bibliothek und drumherum
Einsamkeit und Hummelsgesumm.

Kurt Tucholsky

GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNGEN

Wenn man auf der Suche nach einem Haus für die Gruppe mit Wohnungsunternehmen oder Investoren das Konzept der Hausgemeinschaft erläutert, stößt man häufig auf Unverständnis. Man muss dann den Verhandlungspartnern versuchen zu erklären, warum es eine zunehmende Nachfrage nach gemeinschaftlichen Wohnformen gibt. Wie gesagt, dies ist nur ein Versuch aus der Sicht eines Architekten. Soziologen können das besser.

DEMOGRAPHISCHE ASPEKTE:



- Verdoppelung der Lebenserwartung im 20. Jh. (von 40 auf 80)
- Anteil der über 60-jährigen steigt von heute 22 auf 37% in 2050

SOZIALE ASPEKTE:

- Die traditionelle Familie verliert an Bedeutung
- Singularisierung (Unabhängigkeit und Vereinsamung)
- Segregationserscheinungen (Altenwohnanlagen aller Art)
- Vielfalt der Lebensstile (Erosion allgemein anerkannter Werte)
- Emanzipation der Frauen (Berufstätigkeit und Unabhängigkeit)
- Familiäre Pflegekraft (muss eingekauft werden)
- Wahlverwandtschaften nehmen an Bedeutung zu

ÖKONOMISCHE ASPEKTE:

- Alterseinkünfte steigen im Durchschnitt an (Ansprüche steigen)
- Erwerbsquote nimmt ab (private Vorsorge wird wichtiger)
- Soziales Netz wird weitmaschiger

MEDIZINISCHE ASPEKTE:

- Der Anteil der Hochbetagten steigt von 4% auf 12% in 2050
- Multimorbidität (Gelenke, Wirbelsäule, Knochenschwund)
- Selbständige Lebensführung (80% der über 70-jährigen)



SELBSTBESTIMMTES WOHNEN

Neben dem Hauptthema

gemeinschaftliches Wohnen in der Gruppe

gewinnt auch das Thema

selbstbestimmtes Wohnen

immer mehr an Bedeutung.

Der Massenwohnungsbau, in seiner negativsten Form als „die Platte“ bezeichnet, ist passé. Die Stadtvilla in der Reihe oder auf Einzelbestellung entspricht dem Zeitgeschmack.

Bedingt durch die neue Situation in der Wohnungs- und Bauwirtschaft spricht man nicht nur von der Nutzerbeteiligung, man praktiziert sie auch, wenn auch z.T. nur zum Schein und sehr vorsichtig. Immerhin ist ein Trend zu erkennen, der auch für die Realisierung von innovativen Projekten hilfreich sein kann.

Welche Bedeutung das **selbstbestimmte Wohnen** für eine alleinstehende, ältere Bewohnerin hat, wird einem erst so richtig bewußt, wenn man es mit dem fremdbestimmten Wohnen, nämlich dem reglementierten Wohnen in einem Heim vergleicht: In dem Heim ist der alte Mensch zwar versorgt, aber um welchen Preis? Daher das Motto:

Nicht allein und nicht ins Heim!

Oder etwas abgewandelt: Zwar nicht allein, aber auch nicht ins Heim! Und damit bietet sich wieder die Form des **gemeinschaftlichen Wohnens**.

DIE GRUPPE UND DAS HAUS

Die einzelnen Interessenten, die sich in einer Gruppe organisieren, und beginnen, darüber zu diskutieren, wie sie gerne wohnen möchten, haben zunächst sehr unterschiedliche und unklare Vorstellungen, wie sie einmal zusammenwohnen wollen. Das bezieht sich sowohl auf ihr Verhältnis untereinander wie auch auf das Gebäude. Es muss geklärt werden, welche Personen in die Gemeinschaft aufgenommen werden:

- Nur Ältere oder Alt und Jung
- Nur Deutsche oder auch Ausländer
- Nur eine Einkommensgruppe oder Arm und Reich
- Nur Protestanten oder auch Katholiken
- Nur Gesunde oder auch Kranke, usw.

Dann muss entschieden werden, wie die Abgrenzung zwischen dem privaten, individuellen und dem gemeinschaftlichen Bereich und wie die Finanzierung geregelt wird. Im Verein „gemeinsam statt einsam“ hat sich herauskristallisiert, dass Menschen mit folgenden Eigenschaften gute Chancen haben, in den Verein und dann auch in eine Hausgemeinschaft aufgenommen zu werden:

- Aktive Menschen, **die wissen was sie wollen** und sich auch dementsprechend artikulieren können
- Menschen, die trotz ihres eigenen Standpunktes **tolerant** sind gegenüber den Eigenarten der potenziellen Mitbewohner
- Menschen, die die **Solidarität gegenüber der Gruppe** nie aus dem Auge verlieren
- Menschen, die bereit sind **zu helfen und sich helfen zu lassen**.

Die „Wohngruppe Kronsberg“ hat sich schließlich 3 Monate vor dem Einzug in einer 2-tägigen Klausur-Tagung Regeln für das Leben in der Hausgemeinschaft erarbeitet, die zunächst für 1 Jahr Gültigkeit haben sollen. Wenn man dann ungefähr weiss, wie die Gruppe sich zusammensetzt, muss man sich über das Haus Gedanken machen

- Standort (City, Stadtrand, Dorf)
- Hausform (ebenerdig, Geschosswohnungen)
- Wohnungsarten (kleine oder große Wohnungen)
- Größe des Hauses (10, 20 oder 30 Wohnungen)
- Finanzierung (Miete, Eigentum oder Genossenschaft).

Wir haben uns schließlich mit dem Wohnungsunternehmen NILEG auf das Mietshaus auf dem Kronsberg geeinigt:

- Stadtrandlage
- 4-geschossiges Mietshaus
- 15 Wohnungen (1 bis 3 Zimmer)
- Eine Gemeinschaftswohnung
- Einzelmietverträge (z.T. „**indirekte Belegung**“)
- Der Verein mietet die Gemeinschaftswohnung
- Der Verein hat das Vorschlagsrecht für die Belegung.

KOOPERATION VON WOHNGRUPPEN UND WOHNUNGSUNTERNEHMEN

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Wohngruppen und Wohnungsunternehmen wird in Deutschland bislang wenig praktiziert. Woran liegt das?

Zu einer Kooperation von zwei Partnern kommt es nur dann, wenn beide Vorteile in der Zusammenarbeit erkennen. Während für die Wohngruppe der Vorteil offensichtlich ist, haben die meisten Wohnungsunternehmen mit einer Kooperation noch Probleme. Sie vermuten bei einer Zusammenarbeit folgende Nachteile:

- Die **Verhandlungen mit einer Gruppe** sind schwieriger als die mit einem Einzelmietler
- Es gibt bisher **wenige Erfahrungen** in dieser Hinsicht
- Die Unternehmen fürchten die **Auflösung der Gruppe**
- Die Gruppenmitglieder haben **unterschiedliche Vorstellungen**
- Die „**Nutzerbeteiligung**“ stellt erhöhte Ansprüche an Unternehmen
- Die etablierte Gruppe kann mit **mehr Nachdruck** Forderungen stellen als die Einzelmietpartei.

Daher ist es erforderlich, bei Verhandlungen mit Wohnungsunternehmen durch gezielte Information diesen Befürchtungen der Unternehmen entgegenzutreten und auch die **Vorteile einer Kooperation** herauszustellen. Das stellt an die Gruppe folgende Anforderungen:

- Die Wohngruppe muss so gut organisiert und etabliert sein, dass der **Bestand der Gruppe gesichert** erscheint und die Gruppe damit auch als ernst zu nehmender **Verhandlungspartner** akzeptiert wird
- Die Gruppenmitglieder müssen nach außen eine **einheitliche Meinung** vertreten

- Die Gruppe muss, wenn irgend möglich, auf **positive Erfahrungen** bei anderen Gemeinschaftsprojekten hinweisen können
- Die Gruppe muss **begründete Befürchtungen des Unternehmens** ernst nehmen und darauf eingehen
- Die Gruppe muss sich mit den finanziellen, technischen und rechtlichen **Zwängen, denen das Unternehmen unterliegt**, rechtzeitig vertraut machen
- Im Rahmen der Nutzerbeteiligung sollten möglichst nur technisch und finanziell **realisierbare Vorschläge** gemacht werden.

VORTEILE DER KOOPERATION FÜR DIE UNTERNEHMEN

- Die Hausgemeinschaft sorgt durch Übernahme von Verantwortung für den Gemeinschaftsbereich für „**soziale Kontrolle**“ im Haus und im Wohnumfeld
- Die Hausgemeinschaft kann darüber hinaus auch **Aufgaben der Hausverwaltung** übernehmen
- Die **Verweildauer der Mieterin** in ihrer Wohnung kann innerhalb einer Hausgemeinschaft in einem barrierefreien Haus wesentlich gesteigert werden
- Alle diese positiven Veränderungen haben schließlich eine Stabilisierung der Mieterschaft zur Folge. Der allgemein zunehmenden **Fluktuation im Mietwohnungsbestand** mit all ihren negativen Folgeerscheinungen wird hiermit entgegengewirkt
- Die „**Nutzerbeteiligung**“, die das Unternehmen in Zukunft ohnehin praktizieren muss, wird bei der Rückkopplung zwischen Gruppe und Unternehmen eingeübt.

Wir haben jedenfalls **überwiegend positive Erfahrungen** bei der Kooperation mit der NILEG gemacht:

Gerade in der vorigen Woche hat ein Informationsgespräch zwischen NILEG und „gemeinsam statt einsam“ stattgefunden. Es ging dabei um folgende Themenkreise:

- Bau eines Fahrradschuppens
- Kooperation bei der Gründung eines privat organisierten Kinderhorts
- Mitsprache bei der Belegung von (barrierefreien) Erdgeschoss-Wohnungen in Nachbarhäusern
- Minimierung der Kosten der Gemeinschaftswohnung.

Andererseits verlaufen die Verhandlung mit anderen Wohnungsunternehmen in Hannover äußerst schleppend. Mögliche Gründe für diese Situation hatte ich bereits erwähnt.

Weitere Aktivitäten des Vereins „gemeinsam statt einsam“ beziehen sich auf folgende Bereiche:

- Mitarbeit im „**Forum für gemeinschaftliches Wohnen im Alter**“
Das „FGWA e.V.“ ist eine Bundesvereinigung der einschlägigen Gruppen und Vereine in Deutschland mit entsprechenden Kontakten ins Ausland, vor allem nach Holland
- Zusammenarbeit mit dem **Deutschen Roten Kreuz** in Hannover
- Informationsveranstaltungen im Bereich der **Erwachsenenbildung**
- **Öffentlichkeitsarbeit**
„an allen Fronten“
(Zeitungen, Funk und Fernsehen, Politische Parteien etc.)

Unser wichtigstes Ziel ist die **Gründung weiterer Hausgemeinschaften** in der Region Hannover, damit die Bewohner der Gemeinschaftsanlagen möglichst nicht ihren Stadtteil verlassen müssen, wenn sie in eine Hausgemeinschaft umziehen. Hierfür kommen vorzugsweise modernisierte Altbauten in Frage. Da gibt es noch viel zu tun.

**Gemeinsam werden wir es schaffen!
Die Zeit arbeitet für uns.**



FrauenWohnen e.G. München

Ruth Balden



Ich beginne mit unserem Logo: Es zeigt unser Traumhaus, eine vielschichtige kleinteilige Architektur - fast jede Frau ist im Geiste schon in das Dachstübchen gezogen – aber so werden wir nicht bauen, denn das wäre weder kostengünstig noch ökologisch sinnvoll. Wie wir bauen wollen, darüber rede ich etwas später. Zuerst einmal

Wer sind wir?

1995 hat eine Gruppe von Frauen den Verein FrauenWohnen e.V. gegründet, - es gab mehrere Jahre Vorlaufzeit – der dann am 1.3.98 für die Verwirklichung unseres Bauvorhabens die Genossenschaft gegründet hat.

Wir sind inzwischen 176 Mitfrauen, die Mehrzahl davon sogenannte Solidar-anlegerinnen, also Frauen, die unsere Idee unterstützen, aber wissen, dass sie nie bei FrauenWohnen einziehen werden.

Wir sind eine Gruppe von rund 15 aktiven Frauen, die Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen bilden: Öffentlichkeitsarbeit, Planung, Finanzen, Lobby. Seit wir die Option auf Baugrundstücke haben, kommt die Bewohnerinnengruppe hinzu, die das Zusammenleben plant und organisiert.

Die Struktur der Genossenschaft

Wir sind drei Vorstandsfrauen, die die Geschäfte führen und fünf Aufsichtsrätinnen, die den Vorstand unterstützen und ihm auf die Finger schauen.

Außerdem gehört noch die Mitgliederversammlung (bei uns Mitfrauenversammlung) zu den Organen der Genossenschaft.

- Warum haben wir die Rechtsform einer Genossenschaft gewählt?
- Oder noch grundsätzlicher gefragt: warum haben wir überhaupt eine Rechtsform gewählt?

Die Frage stellt sich, weil es zum Beispiel in Berlin Wohngruppen gibt, die keine Rechtsform haben und trotzdem ein Wohnprojekt auf die Beine gestellt haben. Wir müssen autarke, autonome Gesprächspartnerinnen sein in unseren Verhandlungen mit der Stadt oder mit den Banken, um uns Respekt und ein offenes Ohr zu verschaffen. Dazu gehört eine Eigenverantwortlichkeit und die macht sich fest an einer Rechtsform, mit der auch Haftungsverpflichtungen verbunden sind.

Als Frauenprojekt in München mussten wir uns Profil geben.

Warum haben wir die Form der Genossenschaft gewählt?

Dazu ein paar Grundsätze zum Genossenschaftsgedanken im Allgemeinen und zu unserer Genossenschaft im Besonderen:

- In einer Genossenschaft lässt sich mit kleinen Geldsummen (wobei „klein“ sehr relativ ist!) ein großes Ganzes schaffen, kein Privateigentum aber Gemeinschaftseigentum.
- Unabhängig von der Höhe des eingebrachten Kapitals hat jede Person immer nur eine Stimme in der Hauptversammlung, dem Mitbestimmungsgremium.
- Jede Bewohnerin ist Mieterin und Vermieterin gleichzeitig, denn nur durch das Kapital der Mitglieder existiert die Genossenschaft.
- Eventuelle Gewinne werden nicht durch Kapitalgeber abgeschöpft. Ergibt sich ein Gewinn, dann bestimmt die Hauptversammlung, was damit zu Gunsten der Genossenschaft geschieht (Beispiel: für einen Neubau oder Ausschüttung an die Mitfrauen).

Es gibt ein Genossenschaftsgesetz, das viele dieser Grundregeln fest schreibt. Darüber hinaus legt unsere Satzung fest, dass einer Mitfrau ein lebenslanges Wohnrecht einzuräumen ist, ein Dauerwohnrecht - die Aufkündigung z.B. durch Eigenbedarf vom Vermieter ist also ausgeschlossen.

Letztendlich heißt das, dass in einer Genossenschaft

- Wohnraum der Spekulation entzogen ist: es werden keine Gewinne abgeschöpft von einem Dritten und
- eine Wohnsicherheit entsteht durch das Dauerwohnrecht.

Beides war uns sehr wichtig. Dazu kommt der basisdemokratische Ansatz durch die Selbst- und Mitbestimmung.

Eine Genossenschaft ist aber auch ein wirtschaftliches Unternehmen, das solide geführt werden muss – und das steht manchmal im Widerspruch zur basisdemokratischen Idee. Als Genossenschaft muss man dem Genossenschaftsverband seines Bundeslandes beitreten, der die wirtschaftlichen Prüfungen durchführt, aber auch in rechtlichen Fragen zur Seite steht.

Entwicklung

Nach der Gründung am 1. März 1998 war uns sehr schnell klar, wo wir unser erstes Projekt bauen wollten. Wir hatten die verschiedensten Grundstücke in der Stadt in Augenschein genommen und sie nach unseren Kriterien wie z.B. zentrale Lage, Verkehrsanbindung, Sicherheit, Infrastruktur geprüft.

Es war die Zeit, als in München die Kasernengrundstücke auf den Markt kamen. Dabei stießen wir auf ein Filetstück: die Waldmann-Stetten-Kaserne am westlichen Rand von Schwabing, südlich angrenzend an den Olympia-

park – vom Gesamtbild der Stadt her etwas nördlich von der Mitte. Das Kasernengelände sollte bebaut werden und wir wollten in den ersten Bauabschnitt.

Mit einer gemischten Wohngruppe, die inzwischen ebenfalls eine Genossenschaft geworden ist, bildeten wir eine Koalition und arbeiteten und verfolgten gemeinsam unser Ziel, auf dem Gelände ein Grundstück zu bekommen, ein Grundstück für jede Gruppe, aneinander angrenzend als Nachbarschaft ähnlich Gesinnter. Das Kasernengrundstück hatten wir umbenannt in Ackermannbogen, nach der Straße, die das Gelände im Norden und Westen begrenzt.

Es mussten Gespräche mit PolitikerInnen geführt werden, z.B. mit den StadträtInnen, die letztendlich entscheiden würden, wer ein Grundstück bekommt.

Es mußten Gespräche mit Behörden geführt werden z.B.

- mit dem Planungsreferat, das den Bebauungsplan für das Grundstück erstellte und den StadträtInnen Empfehlungen zu den Grundstücksoptionen gab oder
- mit dem Kommunalreferat, das zuständig ist für den Stellplatzschlüssel oder
- mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft bei dem Versuch, Geld locker zu machen für die Aufbauarbeit (vergeblich!)
- und so weiter und so fort.

Der Grundstückspreis für den "Ackermannbogen" wurde 1999 im Herbst öffentlich bekannt gegeben und lag um einiges höher als der von uns angenommene. Nun ergaben unsere Berechnungen eine Miethöhe von DM 27 pro m² warm, eine Summe, die für uns und unsere Klientel unvorstellbar



Informationsstand von FrauenWohnen 2000

hoch war. Gleichzeitig zeichnete sich ab, dass die städtebauliche Planung, die sich ursprünglich sehr positiv entwickelte, nicht unseren Vorstellungen entsprach.

Das Ergebnis war, dass wir uns vom "Ackermannbogen" verabschieden mussten. Das war eine harte Zeit. Ein dreiviertel Jahr waren wir als Wohn- und Baugenossenschaft ohne Grundstück.

Wir hatten eine Lektion gelernt: Wir können die Münchener Grundstückspreise nicht zahlen, also müssen wir mit Erbbaurecht bauen. Auch hier mussten wir umdenken: wir wissen, dass Bauen ohne Grundstück nicht ganz das Wahre ist. Die Alternativen aber waren wie folgt: entweder gar nicht bauen, weil wir es nicht bezahlen können – wir geben das Projekt also auf oder: den Bau jetzt bezahlen und das Grundstück später. Nach dem Motto: die erste Generation zahlt das Gebäude, die zweite den Grund. Auch wenn das Grundstück dabei immer teurer wird!

Wir aktivierten alle unsere Verbindungen – vor allem die einer unserer Aufsichtsrätinnen – und suchten das Gespräch mit der Politik. Aktive Unterstützung fanden wir bei den SPD Stadträtinnen, die sich intensiv für uns einsetzten.

Das Ergebnis: seit März 2001, also seit einem Jahr, arbeiten wir an zwei Grundstücken – einem mitten in der Stadt gelegenen, sehr urbanen Grundstück im "Westend", einem gewachsenen Stadtteil, wo wir ca. 20 Wohneinheiten haben werden – die städtebauliche Planung findet gerade statt – Spatenstich im nächsten Jahr (hoffentlich) – und einem Grundstück am Stadtrand, in der neuen Messestadt Riem, bezugsfertig voraussichtlich 2006.

Eine kurze Abschweifung. Als wir noch auf den "Ackermannbogen" strebten, rümpften wir die Nase über Riem. Wir stellten uns Infrastruktur vor, einen gewachsenen Stadtteil, keine Satellitenstadt. Unsere erste Besichtigungstour von Riem mit ca. 15 Frauen unter dem Aspekt „naja, schauen wir es uns doch mal an“, ließ unsere Herzen merklich höher schlagen: ein Grundstück mit Alpenblick! Wir hatten einen Föhntag erwischt!

Wer ist unsere Klientel?

Die Hintergründe für ein nachbarschaftliches Wohnumfeld sind ähnlich wie die, die hier schon öfter dargelegt wurden. Für Frauen kommt noch hinzu, dass die Eigentumsbildung schwieriger ist, da Frauen immer noch weniger verdienen als Männer.

Die Frauen, die zu uns kommen, sind alleinerziehende Frauen, sind Frauen, die die Familienphase abgeschlossen haben und ältere Frauen. Dazu gehören auch Ausländerinnen, Behinderte, Paare. Unsere Verhandlungspartnerinnen sind die Frauen – sie können aber ihre Männer mitbringen – mit dem Ergebnis, dass es davon nicht allzu viele gibt. Die Männer lassen sich nicht gerne „mitbringen“.

Wir haben Frauen, die den Sozialen Wohnungsbau in Anspruch nehmen können und solche die frei finanzieren.

Das Verhältnis ist 2:1. Auch die Geförderten im Sozialen Wohnungsbau müssen einen Eigenkapitalbeitrag mitbringen. Wenn ihnen das nicht möglich ist, können sie bei uns nicht wohnen. Das ist schmerzliche Realität.

Wie wollen wir bauen?

Wir haben unser nachbarschaftliches Konzept in eine architektonische Form gegossen, wissen aber inzwischen, dass es sich um eine Sternstunde handeln wird, wenn wir es 1:1 umsetzen können.

Die Architektur soll sowohl Kommunikation als auch Rückzug für die einzelne Bewohnerin ermöglichen. Dafür brauchen wir eine Gebäudekonstellation, die einen Innenhof bildet, am besten zwei gegenüberliegende Gebäude, die über den Innenhof erschlossen werden. Die Wohnungen sind über Laubengänge zu erreichen, die an der Innenhofseite entlang laufen. Hier findet das gemeinschaftliche Leben statt. Über den Laubengang kann man nach unten und/oder auf den gegenüberliegenden Gang sehen und Kontakt aufnehmen. Der Rückzugsbereich liegt auf der entgegengesetzten Seite des Gebäudes, dort wo sich Wohnraum und Balkon der Wohnungen befinden.

Durch die Laubengangerschließung wird es für alle rollenden Mitfrauen – die im Rollstuhl, die im Kinderwagen, die mit Gehwagen – möglich sein, auf allen Ebenen, in jede Wohnung zu gelangen. Ein Aufzug sorgt für die vertikale Erreichbarkeit, die Laubengänge für die horizontale. Die beiden Gebäude werden durch Brücken verbunden.

Noch eine Besonderheit der Laubengänge: sie sind vom Gebäude abgerückt, so dass kleine Terrassenzonen vor den Wohnungseingängen entstehen, die auch als Sitzgelegenheit genutzt werden können.

Die Wohnungen haben offene Grundrisse, d.h. einen Allraum für Kochen, Essen und Wohnen sowie ein großes Bad für einen behindertengerechten Ausbau. Die Individualräume richten sich nach den Bestimmungen des Sozialen Wohnungsbaus. Es gibt Schallräume, die der einen oder der anderen Wohnung zugeordnet werden können. Somit kann eine Wohnung wachsen oder schrumpfen je nach Entwicklung des Haushalts.

Gemeinschaftseinrichtungen sind vorgesehen wie ein Gemeinschaftsraum, Gästeapartments und ein Wasch-/Trockenraum.

Da nur wenige der zukünftigen Bewohnerinnen ein Auto haben, arbeiten wir zusammen mit dem Verein Wohnen ohne Auto an einem Stellplatzkonzept, das autoreduziertes Wohnen erlaubt und auch für die Stadt München verträglich ist.

Wie finanzieren wir unsere Baumaßnahmen?

Ermittlung der Herstellungskosten:	
	Reine Baukosten + Grundstückskosten + Baunebenkosten + Kapitalkosten
abzüglich:	Eigenkapital und Fördermittel
ist gleich:	Fremdfinanzierung

Kosten der Fremdfinanzierung (Zinsen und Tilgung) werden durch die Mieteinnahmen gedeckt.

Wenn diese Berechnung (Wirtschaftlichkeitsberechnung) solide durchgeführt wird und im Verhältnis steht zu den aktuellen Mietpreisen, ist ein Wohnprojekt mit einer Genossenschaftsrechtsform gut durchführbar.

Bei uns entfallen die Grundstückskosten (der Erbbauzins kostet jedoch auch etwas). Die Baukosten sind von der Stadt für den Sozialen Wohnungsbau limitiert auf max. 2300 DM / m² (1176 EUR), so dass wir zur Zeit bei folgenden Summen liegen:

Frei finanziert / m ² Wohnfläche		Soz. Wohnungsbau / m ² Wohnfläche *	
Eigenkapital	Miete kalt	Eigenkapital	Miete kalt**
1700 DM (870 EUR)	17,50 DM (8,95 EUR)	1000 DM (511,29 EUR)	9,70 DM (4,96 EUR)

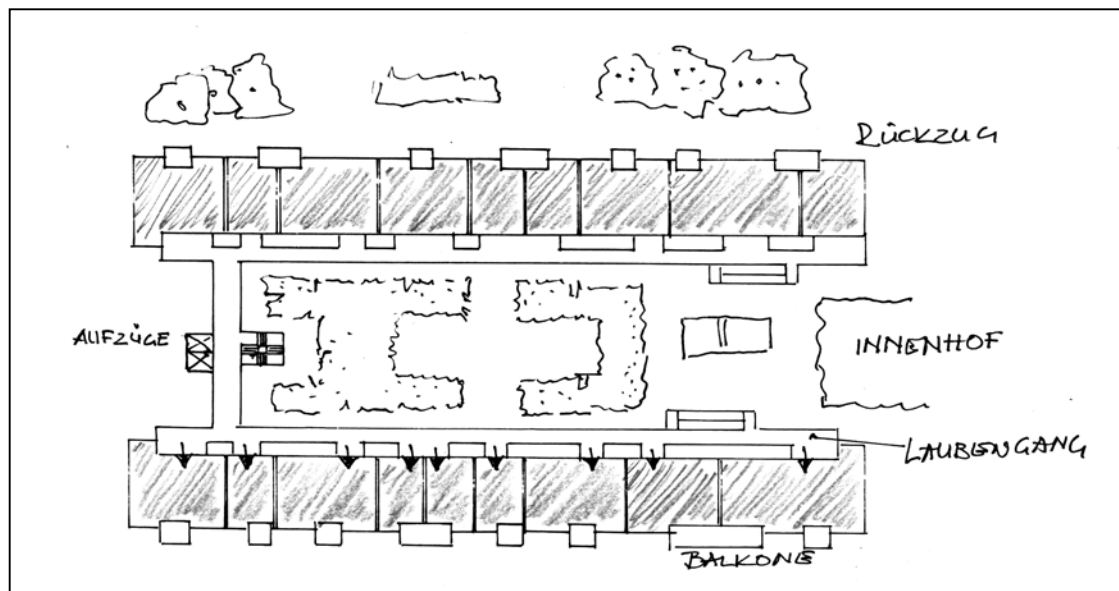
* Durchschnittswert; der Soz. Wohnungsbau ist gestaffelt in drei verschiedene Einkommensobergrenzen, so dass es drei Varianten gibt.

** gemäß gesetzlichen Vorschriften

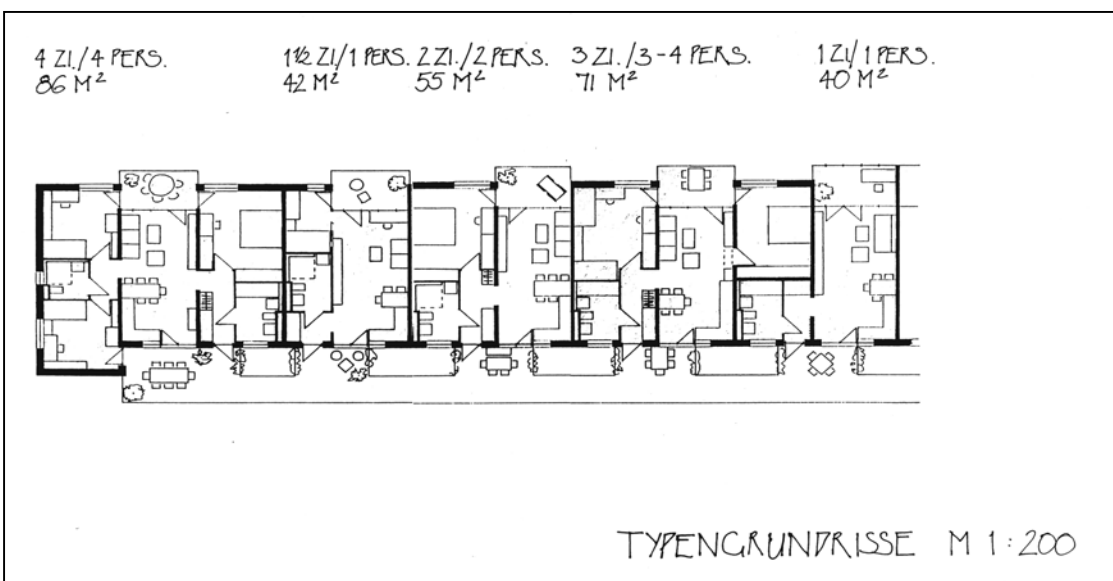
Anhand dieser Zahlen kann sich nun jede Frau ausrechnen, wie groß ihre Wohnung sein kann, was sie bezahlen kann. Im Sozialen Wohnungsbau wurden zum 1.1.2002 die Grenzwerte erhöht. Außerdem gibt es den Paragraphen § 5 des Wohnungsbindungsgesetzes, der besagt, dass bei einer Kapitalbeteiligung ab 3000 DM ein Mehr an 15 m² Wohnfläche erlaubt ist. Unsere Frauen bringen erheblich höhere Summen ein und müssen prüfen, ob sie

das Mehr an Kapital und Miete zur Verfügung haben.

Wir stehen kurz vor der Realisierung unseres ersten Bauvorhabens: 4 Jahre nach Gründung der Genossenschaft, 7 Jahre nach Gründung des Vereins. Wir wünschen uns, dass unser Beispiel Signalwirkung hat und andere Wohngruppenprojekte ermuntert, die Ärmel hochzukrempeln – oder wenn sie das schon getan haben, dran zu bleiben.



Lageplan



Typengrundrisse

Anhang

	67
Tagungsablauf	
	69
Podiumsdiskussion	
	71
Fotos	
	73
Vorstellung des Vereins FrauenWohnen Braunschweig	
	75
Presseberichte	
	79
Die ReferentInnen	
	81
Literaturhinweise	
	83
Hinweise und Adressen	

Tagungsablauf

Ab 9.30 Uhr	Eintreffen der TeilnehmerInnen Stehcafe
10.00 Uhr	Begrüssung • Schirmherrschaft Dr. Gitta Trauernicht, Niedersächs. Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales in Vertretung: Dr. Aumüller-Roske, Abteilungsleiterin Frauen • Brigitte Doetsch, Universitäts-Frauenbeauftragte der TU Braunschweig • Lieselotte B. Becker-Gmahl, Planerinentreffen Braunschweig
10.20 – 10.30 Uhr	Einführung in das Thema Maybritt Hugo, Frauenbeauftragte der Stadt Braunschweig
10.30 – 12.30 Uhr	Fachreferate • Dr. Josef Bura, STATTBAU Hamburg Gemeinschaftliche Wohnformen für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung • Sabine Rebe, Innovative Wohnformen für Frauen • Elinor Schües, planerkollektiv Hamburg Bauen für und mit Frauen – Ein Werkstattbericht anschliessend: Diskussionsrunde
12.30 – 13.30 Uhr	Mittagspause
13.30 – 15.30 Uhr	Fallbeispiele • Stefanie Brinkmann, GSG Oldenburg Bauvorhaben Frauen planen für Frauen und Familien • Dieter Mattern, Hannover "Gemeinsam statt einsam", Verein für soziales Wohnen e.V. Wohnen auf dem Kronsberg • Ruth Balden, München FrauenWohnen e.G. München
15.30 – 17.00 Uhr	Podiumsdiskussion In der abschliessenden Schlussrunde sollen möglichst konkrete Vereinbarungen getroffen werden. Teilnehmende: • Birgit Leube, FrauenWohnen Braunschweig • Dr. E.-D. Heidenreich, Stadtplanung • Prof. Dr. Peter Hansen, Gundlach Bau- u. Immobilienunternehmen Hannover • Herr Ortgies, Nibelungen Braunschweig • Lieselotte B. Becker-Gmahl, Planerinnentreffen BS • Herr Eckardt, FES Hannover Gesamtmoderation: Juliane Krause

Podiumsdiskussion

Juliane Krause fasst den bisherigen Tagungsverlauf zusammen und leitet durch Fragen an die Podiumsteilnehmer die Diskussion ein.

Prof. Hansen (ehemaliger Chef eines Bau- und Immobilienunternehmens, Professor an der Universität Dortmund und Landesvorsitzender des Verbandes für Immobilien- und Wohnungsunternehmen) stellt dar, daß die von Männern geprägte Stadtplanung zahlreiche Fehlplanungen aufweist wie monostrukturierte Stadtgebiete, Maßstabsverlust, Loslösung der Gestaltungsaspekte von Nutzung und Funktion sowie überzogenes Selbstdarstellungsgehebe und Präsentationszwang. Demgegenüber verfolgen Frauen als Expertinnen des Wohnens nutzungsorientierte Sichtweisen und bringen zukunftsweisende Aspekte in den Wohnungs- und Städtebau ein. Prof. Hansen fordert die Frauen auf, sich nicht durch Hindernisse von der Verfolgung ihrer Projektideen abschrecken zu lassen - immerhin sind sie die Mehrheit der Bevölkerung.

Frau Leube (Vorstandsmitglied von FrauenWohnen Braunschweig und planungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen) erläutert die Ziele und konkreten Projektvorstellungen von FrauenWohnen Braunschweig, der aus ca. 20 Frauen besteht (s.a. der Beitrag auf S. 73 in diesem Anhang). Es gab Gespräche mit der Nibelungen-Wohnbau-GmbH und ein Angebot, das den Frauen jedoch nicht zusagte. Es ist vorstellbar, das Frauenwohnprojekt im Westlichen Ringgebiet im Rahmen des Programms Soziale Stadt zu realisieren, möglichst in einem zu sanierenden Bestandsgebäude, zumal es besondere Fördermöglichkeiten für Frauenprojekte im Rahmen der Sozialen Stadt in Niedersachsen gibt.

Herr Dr. Heidenreich (Leiter der Abteilung Stadtplanung in Braunschweig) erklärt, daß die Stadt keine Häuser bauen kann, also keine Projekte realisiert, sondern lediglich mit der Planung die Voraussetzungen schafft. Die Stadt kann durchaus vermitteln und Projektideen unterstützen. Vor einigen Jahren wurde ein Projekt "Integriertes Wohnen im Ägidienviertel" von der Stadt unterstützt. Hier wohnen unterschiedliche Familientypen in einem besonders konzipierten Wohnblock zusammen, es gab auch eine sozialpädagogische Betreuung. Außerdem läuft gerade das Projekt "Einfach und selber bauen" in Rautheim, wo für einkommensschwache kinderreiche Familien die Möglichkeit besteht, durch Selbsthilfe am Bau den Eigentumserwerb erschwinglicher zu machen. Die Stadt ist also durchaus an der Entwicklung besonderer Wohnformen interessiert - allerdings zwingt die Notwendigkeit zum Sparen zu gewissen Einschränkungen.

Herr Ortgies (Prokurist der Nibelungen-Wohnbau-GmbH) vergleicht die Kontakte zwischen dem Frauenwohnprojekt und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH mit den beiden Königskindern, die zueinander kommen wollen aber das zu tiefe Wasser nicht überwinden können. Es gab bereits Gespräche und Angebote, z.B. eine Wohnanlage der Nibelungen-Wohnbau in der Hebbelstraße, die aber aus verständlichen Gründen bei der Frauengruppe nicht auf Gegenliebe gestoßen ist. Wenn ein entsprechendes passendes Objekt nicht vorhanden ist, muß weiter gesucht und weiter verhandelt werden. Dazu ist die Nibelungen-Wohnbau-GmbH bereit.

Frau Becker-Gmahl (Vertreterin des Planerinnentreffens, Stadtplanerin der Abteilung Stadtplanung der Stadt Braunschweig), hebt das Wohnen als bedeutsamen Bereich hervor, der jede Person betrifft und bezeichnet das Wohnen als Schnittpunkt von Privatem und Politischem. Wohnen ist eine sehr private Angelegenheiten, gleichzeitig

aber auch ein Bereich, in dem sich gesellschaftliche und politische Verhältnisse, z.B. Rollenzuschreibungen von Frau und Mann im besonderen Maße niederschlagen. Wohnverhältnisse zu verändern, also Raum zu besitzen und über Raum zu verfügen, bestimmt entscheidend die Lebensqualität von Menschen und ist letztendlich eine Machtfrage. Geld, Besitz, Verfügung über Raum ist zwischen Männern und Frauen sehr ungleich verteilt. Wenn sich Frauen das Recht nehmen, Räume nach ihren Wünschen zu besetzen und zu gestalten - im lebensnotwendigen Bereich des Wohnens - ist das sowohl eine private Angelegenheit im positiven Sinne von Selbsthilfe und hat gleichzeitig eine politische und gesellschaftliche Relevanz.

Herr Eckhardt (Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover) stellt es als Aufgabe seiner Stiftung dar, Initiativen zu unterstützen, die innovative Impulse geben und neue gesellschaftliche Wege beschreiten, um sich aktiv einzumischen und die Gesellschaft mit zu gestalten. Dabei betrachtet die Stiftung besonders auch Aktivitäten zur Gleichstellung der Geschlechter als förderwürdig. Ihm persönlich ist auch wichtig gewesen, nicht nur Aktivitäten in Hannover zu entfalten, sondern auch in anderen bedeutsamen Städten Niedersachsens zukunftsweisende Initiativen zu unterstützen.

In der folgenden Diskussion auch mit dem Publikum wurden Vorschläge gemacht und Aspekte vertieft. U.a. wurde von einer Architektin aus dem Publikum der Vorschlag gemacht, für die Wohnanlage in der Hebbelstrasse einen Wettbewerb auszuloben mit dem Ziel, die gravierenden städtebaulichen Mängel dieser Wohnsituation zu beheben und sie für ein Frauenwohnprojekt attraktiv zu machen.

Eine Teilnehmerin thematisierte, dass besonders Frauen, die die Vorteile eines Wohnprojektes nutzen können, nämlich alleinerziehende Frauen, keine Kräfte und Kapazitäten hätten, um ein solches Projekt zu organisieren und deshalb die Stadt eine Unterstützung in Form von Beratungsangeboten bereitstellen soll.

Zwischen FrauenWohnen Braunschweig und der Nibelungen-Wohnbau sollen ein weiteres Gespräch stattfinden.

Juliane Krause dankt allen Anwesenden für die engagierte Teilnahme und beschließt die Veranstaltung.

Fotos



Podium



Publikum



Im Foyer

Vorstellung des Vereins FrauenWohnen Braunschweig

- Zusammenschluss von Frauen, die in erster Linie ein gemeinschaftsorientiertes, generationenübergreifendes, selbstbestimmtes Wohnprojekt ausschliesslich für Frauen in Braunschweig realisieren möchten und weiterhin ihre dabei gesammelten Erfahrungen mit anderen Frauenwohnprojekten austauschen sowie weitere Frauenwohnprojekte initiieren, begleiten, vernetzen möchten
- Der Verein besteht seit August 2001
- Derzeit ca. 20 Vereinsfrauen und wechselnde Interessentinnen, die an den regelmässigen Treffen (jeden 2. Dienstag im Monat 19:00 Uhr in den Räumen der ev. Frauenhilfe, Hohetorwall 1a) teilnehmen
- Altersverteilung: zwischen 25 und 70 Jahren, mit Schwerpunkt 40-50 Jahre

Idee des Wohnprojektes:

Neue Form des Zusammenlebens, die sich in nachbarschaftlicher Gemeinschaft und gegenseitiger Unterstützung ausdrücken, ohne auf die persönliche Eigenständigkeit zu verzichten (Gemeinschaft erleben mit persönlicher Rückzugsmöglichkeit)
d.h.

- Alternativ zur traditionellen Familienstruktur einen Frauenalltag gemeinsam leben, der ermöglicht Härten und Isolation sowohl von älteren als auch jüngeren Frauen mit und ohne Kinder entgegen zu wirken
- eine Gemeinschaft der gegenseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen, die tolerant und offen miteinander umgeht und auf das gesamte Wohnumfeld ausstrahlt
- gemeinsame Freizeitaktivitäten

FrauenWohnen Braunschweig möchte:

- ein vorhandenes, entsprechend ihren Vorstellungen umgebautes bzw. neu erstelltes Objekt im Mietwohnungsbau in der Trägerschaft eines Wohnungsbauunternehmers beziehen (d.h. die Frauen sind als Einzelmieterrinnen Mitglieder der Genossenschaft)
- derzeit besteht der Wunsch von 8-10 Frauen sofort einzuziehen

Vorstellung:

- 2-3 Zimmer-Wohnung (ca. 60-70 m²) mit eig. Küche und eig. Bad sowie Balkon
- Gemeinschaftsräume sowie Gemeinschaftsgrünfläche / Mieterinnengärten
- Stadtnah bzw. gute ÖPNV-Anbindung
- Angstfreie Erreichbarkeit
- Angemessenes Wohnumfeld mit guten Einkaufsmöglichkeiten, kulturellen Angeboten und Grünanlagen in der Nähe (kein sozialer Brennpunkt wie Hebbelstr. – Sicherheitsbedürfnis der Frauen)
- Mittleres Mietniveau
- Langfristiges Mietverhältnis

Bisherige Aktivitäten:

- Im Herbst 2001 wurden in Braunschweig tätige Wohnungsunternehmen angeschrieben, um mit ihnen über das Projekt zu diskutieren
- Lediglich die Nibelungen-Wohnbau GmbH sowie die Braunschweiger Baugenossenschaft zeigten daraufhin Interesse, wenngleich derzeit keine geeigneten Objekte zur Verfügung stünden

Ein gemeinsamer Hof fördert Nachbarschaft

Fachtagung an der TU: Wohnprojekte für Frauen

Immer mehr Frauen wollen nicht mehr in Wohnungen leben, die nur den Bedürfnissen einer Kleinfamilie entsprechen. Doch wie können neue Wohnformen aussehen und wie können sie realisiert werden? Mit diesen Fragen haben sich am Donnerstag mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als 60 Teilnehmer einer Fachtagung in der TU zum Thema „Zeitgemäße Wohnformen - Innovative Projekte von und für Frauen“ auseinandergesetzt. Trotz vieler Widerstände gibt es in deutschen Großstädten Bauvorhaben, die den Wünschen und Träumen von Frauen genügen. Dazu gehören nicht nur eine geräumige Küche, mehrere gleich große Zimmer und ein Raum für jeden Bewohner, sondern auch die Möglichkeit, unabhängig in einer guten Nachbarschaft mit gegenseitiger Unterstützung zu leben, betonten die Planerinnen nach der Tagung.

Selbst in München mit einem extrem angespannten Wohnungsmarkt wird derzeit eine Wohnanlage für Frauen gebaut. Träger des Projekts ist eine Wohn- und Baugenossenschaft. „Wer ein derartiges Vorhaben realisieren will, muss einen langen Atem haben“, betonte die Braunschweiger Architektin Lieselotte Becker-Gmahl. Besonderer Clou der Münchner Wohnanlage: Alle wichtigen Räume gehen auf einen gemeinsamen Hof, um Nach-

barschaft zu fördern. In Braunschweig seien die Planungen für ein derartiges Projekt längst noch nicht so weit, bedauerte Becker-Gmahl. Hier gebe es zwar den Verein „FrauenWohnen“ und zehn ernsthafte Interessentinnen, doch bisher habe sich weder ein privater Investor noch eine Baugesellschaft gefunden, der die Pläne des Vereins mittrage. Gesucht werde ein Wohnblock mit Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnungen und einem Hof oder Garten, den die Bewohner gemeinsam nutzen können.

Nach Ansicht der Architektin Doris Noll kann ein derartiges Projekt für Investoren durchaus Vorteile bieten. Die Stadt Hamburg unterstütze diese Vorhaben, um das Wohnumfeld zu verbessern und den sozialen Frieden zu erhalten. „Zufriedene Mieter, gepflegte Häuser“, bringt es Becker-Gmahl auf den Punkt.

Darüber hinaus ist es nach Ansicht der Planerinnen entscheidend, dass es in Blocks verschieden große Wohnungen gibt, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien und alleinstehenden Menschen entsprechen. „Dadurch können die Bewohner auch dann im gewohnten sozialen Umfeld bleiben, wenn sich ihre Familienverhältnisse ändern“, erläutert Becker-Gmahl. Auch das fördere den sozialen Frieden in den Wohngebieten. rog

Hannoversche Allgemeine

Frauen würden anders bauen

Traditionelle Familienstrukturen zerbrechen. Neue Soziale Geflechte sollen Vereinsamung und Isolation aufhalten. Wie Bauformen dazu beitragen können, hat eine Fachtagung in Braunschweig gezeigt.

Am Schlafzimmer ist es oft als Erstes zu erkennen. Auch wenn es noch gar nicht möbliert ist, ein Blick auf die Steckdosen, und Elinor Schües weiß Bescheid: Sind sie genau so in die Wand eingelassen, dass ein Ehebett dazwischenpasst, und gibt es sonst keine weiteren Stromanschlüsse, hat die Wohnung ein Mann geplant. Gibt es kaum Unterschiede zur Steckdosenverteilung in den anderen Räumen, stammt der Entwurf von einer Frau. „Das ist häufig so“, sagt die Hamburger Architektin, und wenn sie das sagt, ist das absolut wertfrei und keineswegs feministisch gemeint. Woher sollten Männer auch wissen, dass allein erziehende Mütter häufig gar kein Ehebett mehr haben, und es stattdessen wichtig sein könnte, Steckdosen anders zu platzieren als neben dem Kopfende im Abstand von etwa 2,20 Meter? 90 Prozent aller Alleinerziehenden sind nach wie vor Frauen. Männer, die wegen ihrer Kinder zu Hause bleiben, sind die Minderheit. Und die Zahl der Architekten, die ihren Nachwuchs hüten, ist wahrscheinlich noch geringer, so dass auch hier der geschlechtsneutrale Grundsatz gilt: Ein Problem, mit dem man nicht unmittelbar konfrontiert wird, gibt es erst einmal nicht. Da solche Wohnprobleme aber vorrangig Frauen betreffen, war es nur konsequent, dass das Planerinnentreffen Braunschweig bei einer Tagung zu „Zeitgemäßen Wohnformen – Innovative Projekte von und für Frauen“ an der Universität Braunschweig auf diese Probleme aufmerksam machte. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Stiftung Leben und Umwelt unterstützten ihr Projekt, bei dem nicht nur Frauen zu Wort kamen. Dabei zeigte sich sehr schnell: Frauen würden anders bauen. Und ihre Vorschläge würden allen Menschen das Leben erleichtern, die nicht erst im Seniorenalter feststellen wollen, dass ihre Wohnung wenig flexibel ist, keine Variationsmöglichkeiten offen lässt und die Isolation statt die Kommunikation fördert. Dass ausgerechnet Frauen das feststellen müssen, ist daher auch keineswegs feministisch, sondern liegt auf der Hand: Sie sind diejenigen, die sich zeitlich gesehen länger in den eigenen vier Wänden aufhalten. „Frauen sind häufig Motoren bei der Entwicklung neuer Wohnformen“, sagt Maybritt Hugo, Frauenbeauftragte der Stadt Braunschweig. Oft notgedrungen: Alleinerziehende brauchen beispielsweise eine Infrastruktur in Wohnortnähe. Da die meisten kein Auto zur Verfügung haben, brauchen sie einen guten Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Und wollen sie unter einem Dach leben und arbeiten, brauchen sie flexibel nutzbare Wohnräume. Außerdem legen die meisten großen Wert auf eine gute Nachbarschaft, in der man sich gegenseitig hilft. Dies sind Wünsche, die längst nicht nur für Single-Mütter und -Väter gelten dürften. Aber wie dies alles realisieren? Wie soll sich ein soziales Gefüge aufbauen können, wenn man dauernd umziehen muss, weil sich die Familienstrukturen ändern? Weil plötzlich die Wohnung – bei Nachwuchs – zu klein oder – bei Trennung – zu groß wird? Das Zauberwort heißt flexible Wohnungen mit Variationsmöglichkeiten. So genannte Schalträume, die zwischen zwei Wohnungen liegen, sollen es möglich machen. Je nachdem, wo mehr oder weniger Platz benötigt wird, wird der Raum einer Wohnung zugeschlagen. Eine Voraussetzung ist dazu auch, dass alle Räume möglichst gleichberechtigt sind, das heißt, die klassische Schlafzimmervariante mit den Steckdose seitlich vom Ehebett gibt es

Zeitungsartikel Teil1 aus der "Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 14.04.2002

nicht mehr. □ Stattdessen sind alle Räume so eingerichtet, dass sie sowohl Schlaf-, Gäste-, Arbeits- oder Kinderzimmer sein könnten. „Die Wohnungen sollen sich den Bedürfnissen der Menschen anpassen, nicht umgekehrt“, sagt Sabine Rebe, die im Auftrag des niedersächsischen □ Innenministeriums „Aktuelle Frauenwohnprojekte in Deutschland“ dokumentiert hat. Positive Nebeneffekte: Die Umzugshäufigkeit kann durch flexible Wohnungen verringert werden, und es gibt Zeit, Sozialstrukturen aufzubauen. Aber was sich so gut anhört, ist noch längst nicht Realität: „Auf den allgemeinen Wohnungsbau sind diese Ansätze nur bedingt übertragbar. Die Rolle der Hausfrau wird dort noch immer stark betont.“ Eine Ausnahme bestätigt auch hier die Regel: Die GSG Bau- und Wohnungsgesellschaft Oldenburg hatte 1995 einen Architektinnenwettbewerb „Bauen und Wohnen für Frauen und Familien“. □ Das Ergebnis ist die Wohnanlage Hermann-Tempel-Straße, die 1998 fertig gestellt und nach Frauenwünschen geplant wurde. Markantes Merkmal der Architektur: Zwei Wohnhäuser bilden einen Innenhof, zu dem auch die „Treppenhäuser“ liegen. Jeweils zwei Wohnungen haben ein Podest, das groß genug ist, um sich hinauszusetzen. Die Küchen zeigen ebenfalls zum Innenhof und haben eine Tür zum Podest. „So können Alleinerziehende ihre Kinder, die im Innenhof spielen, beaufsichtigen“, sagt Stefanie Brinkmann-Gerdes von der GSG Oldenburg. Sie können sich hinaussetzen, um an dem „öffentlichen“ Leben in der Wohnanlage teilzunehmen. Sie können sich aber auch auf den rückwärtigen Balkon oder die Terrasse setzen, den „privaten“ Bereich der Wohnung. „Sowie die Heizperiode zu Ende ist, bleibt die Terrassentür in der Küche offen, und wir wohnen dann viel draußen“, bestätigt eine Bewohnerin. Eine andere bestätigt: „Ich wohne nicht wirklich allein hier. Das ist ein bisschen wie in einer WG. Man hat die Vorteile einer WG, aber nicht ihre Nachteile.“ Allerdings ist das auch nicht jedermanns Sache. Wenn man sich auf diese Wohnform nicht einlässt, ist Frust programmiert: „Wenn ich nicht gut drauf bin, finde ich die ständige Erwartung der Mitmieter, immer erst ein bisschen zu plaudern, richtig anstrengend.“ Dies Problem kennt Dieter Mattern vom Verein für soziales Wohnen „Gemeinsam statt einsam“ in dieser Form nicht. Die Gruppe, die sich um den Verein zusammengeschlossen hat und die inzwischen auf dem Kronsberg ein Haus bewohnt, hat sich vorher gefunden. „Unsere Maxime war: Nicht allein und nicht ins Heim“, sagt Mattern. Erst war die Gruppe da, dann das Haus – und das war sehr schwer zu finden. Erst beim zehnten Anlauf klappte es: Die Nileg schloss mit dem Verein einen Vertrag. „Für das Unternehmen war es sicherlich schwierig, mit einer Gruppe zu verhandeln“, schätzt Mattern. Außerdem sei sicherlich die Angst vor der geballten Mietermacht groß gewesen. Aber: Das anfänglich skeptische Beäugen der Gruppe ließ sehr schnell nach. Da die Gruppe für soziale Stabilität im Viertel sorgt, ist sie inzwischen so gern gesehen, dass Vereinsmitglieder bevorzugt Wohnungen angeboten bekommen. Der Aufbau eines sozialen Netzwerks scheint zu funktionieren. Blicke nur noch der Wunsch, dass auch die Struktur von Wohnungen selbst dies zusätzlich beförderte.

Heike □ Schmidt

Zeitungsartikel Teil2 aus der "Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 14.04.2002

Die ReferentInnen

Balden, Ruth

Architektin, Jahrgang 1941, geboren in Königsberg, Ostpreußen
Studium Environmental Design an der University of California, Berkeley, USA,
1972 M.A. (Dipl. Ing.), 1963 - 1973 Aufenthalt in den USA
Mitbegründerin von FrauenWohnen e.V. und FrauenWohnen e.G., Vorstandsfrau in der
Genossenschaft, Mutter einer erwachsenen Tochter, Frauenbewegt, Bird-watcherin

Brinkmann-Gerdes, Stefanie

Geboren am 08.08.1960, verheiratet, 2 Kinder
Studium und Abschluss Diplom-Sozialwissenschaften in Oldenburg,
seit 1990 bei der GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft mbH beschäftigt,
besondere Schwerpunkte: Wohnen im Alter, bewohnerbezogene Initiativen, Planungen,
Informationen und Kooperationen

Dr. Bura, Josef

verheiratet, 2 Kinder, Studium der Soziologie und Sozialpädagogisches Zusatzstudium
(SPZ) in Hamburg. Wissenschaftliche Arbeit zu den Schwerpunkten Stadtentwicklung,
Obdachlosigkeit und soziale Bewegungen. Dozententätigkeit an den Universitäten
Hamburg und Bremen. Seit 1984 bei STATTBAU, Mitbegründer. Arbeitsbereiche
Forschung, Organisationsberatung, Öffentlichkeitsarbeit, ehemaliges Mitglied im
Vorstand des WOHNBUND e.V.

Mattern, Dieter

in Berlin geboren, verheiratet, Maurergeselle, 1964 1. Staatsexamen als Architekt und
1970 2. Staatsexamen als Stadtplaner, 1970 – 1997 Tätigkeit in der kommunalen
Bauverwaltung überwiegend in der Stadtplanung, 1997 – 2002 (nach der Pensionierung)
Dozent im Bildungsverein Hannover (Erwachsenenbildung), sowie Organisation des
Vereins „Gemeinsam statt einsam e.V.“ (Verein für gemeinschaftliches Wohnen),
Vorsitzender des Vereins.

Rebe, Sabine

Jahrgang 1957, Schwerpunkte: Mehrjährige Lehrtätigkeit als Wissenschaftliche
Mitarbeiterin am Institut für Architektur- und Planungstheorie, Fachgebiet Soziologie und
Frauenforschung, Uni Hannover, Frauenförderpreis der Stadt Nürnberg "Architektur und
Städtebau" 1996, Veröffentlichungen und Vorträge im Bereich "Innovative Wohnformen",
Mitarbeit im Bundesmodellprogramm "Selbstbestimmt Wohnen im Alter"
2001 Bürogründung: freese und rebe – architektur.planung.wohnberatung

Schües, Elinor

geboren 1954 in Hamburg, verheiratet, 2 Kinder,
Studium an der Universität Hannover, Diplom dort 1980, 1980-81 Mitarbeit bei der
Internat. Bauausstellung in Berlin, 1981-82 Stipendiatin des DAAD an der Architectural
Association in London, 1982-87 Mitarbeit bei Collective Building and Design Ltd. in
London, seit 1987 Partnerin planerkollektiv in Hamburg, Schwerpunkte: alternative
Wohnprojekte, Kindergärten, Museen, Cafes, Begegnungsstätten, Altenwohnungen
u.v.a.m.

Adressen der ReferentInnen

Balden, Ruth
1. Frauen Wohn- und
Baugenossenschaft München
FrauenWohnen e. G.
Seidlvilla
Nikolaipplatz 1b
80802 München
Tel. 089 / 344669
Fax: 089 / 344282

Brinkmann-Gerdes, Stefanie
GSG Oldenburg GmbH
Moltkestr. 21-23
26122 Oldenburg
Tel. 0441 / 9708-154

Dr. Bura, Josef
STATTB AU Hamburg Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel. 040 / 4329420
stattbau-hh@t-online.de

Mattern, Dieter
Verein "Gemeinsam statt einsam"
Am Papenhof 15
30459 Hannover
Tel. 0511 / 414838

Rebe, Sabine
Glünder Str. 3b
30167 Hannover
Tel. 0511 / 708838

Schües, Elinor
planerkollektiv
Paulinenallee 32
20259 Hamburg
Büro: 040 / 4301043
Fax: 040 / 4390333
arch@planerkollektiv.de

Weitere Teilnehmende:

Dr. Aumüller-Roske, Ursula
Abteilungsleiterin FB Frauen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover
Tel. 0511 / 120-2990
Fax 0511 / 992990

Becker-Gmahl, Lieselotte B.
Planerinnentreffen Braunschweig
Virchowstr. 4
38118 Braunschweig
Tel. 0531 / 2805791

Doetsch, Brigitte
Universitäts-Frauenbeauftragte der TU
Braunschweig
Pockelsstr. 11
38106 Braunschweig
Tel. 0531 / 391-4547
Fax 0531 / 391-817
b.doetsch@tu-bs.de

Hugo, Maybritt
Frauenbeauftragte
der Stadt Braunschweig
Langer Hof 1
38100 Braunschweig
Tel. 0531 / 470-2100
Fax: 0531 / 470-2288
Gleichstellungsreferat@braunschweig.de

Krause, Juliane
Plan&Rat
Georg-Westermann-Allee 23a
38104 Braunschweig
Tel. 0531 / 798203
Fax: 0531 / 77843

Literaturhinweise

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, 1996

ExWoSt-Informationen zum Forschungsfeld "Wohnsituation Alleinerziehender", Nr. 11.3, Bonn

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, 1996

Das Wuppertaler Modellprojekt: "Frauen wohnen und lernen", Innovative Wohnformen für alleinerziehende Frauen, Vorläufiger Endbericht der Städte- und wohnungsbauplanerischen, rechtswissenschaftlichen Begleitforschung, Bonn

Dahl, Doris / Fey-Hoffmann, Simone / Frauenbüro der Stadt Leverkusen, 1994

Frauengerechtes Wohnen Quettinger Feld, Wohnungspolitik aus weiblicher Sicht, Dokumentation eines innovativen Planungsverfahrens

Deutscher Städtetag, 1995

Frauen verändern ihre Stadt, DST-Beiträge zur Frauenpolitik, Reihe L, Heft 3, Arbeitshilfe 2, Verkehrsplanung Köln

Dörhofer, Kerstin (Hrsg.), 1990

Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Forum Frauenforschung Band 4: Stadt-Land-Frau, soziologische Analysen feministischer Planungsansätze, Freiburg i. Br.

Dörhofer, Kerstin / Terlinden, Ulla, 1988

Verortungen, Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen, Stadtforschung aktuell Band 66

Felten, Barbara / Nutz, Manuela, 1993

Frauen und räumliche Umwelt: Bewußtseinsbildung und (Gegen-)Planung, Diplomarbeit am Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltentwicklung, Universität Hannover

FOPA e.V. (Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen),

- Frauen Planen Bauen, Katalog zur Ausstellung IBA Emscher Park, Dortmund, 1991
- Karhoff, Brigitte / Ring, Rosemarie / Steinmaier, Helga: Frauen verändern ihre Stadt, Selbstorganisierte Projekte der sozialen und ökologischen Stadterneuerung, Vom Frauenstadthaus bis zur Umplanung einer Großsiedlung, Dortmund, 1993
- "mehr als ein Dach über dem Kopf", Wanderausstellung über innovative Projekte, die Frauen in Wohnungsnot Hilfe leisten; Dortmund, 1996
- 11 Jahre, Einblicke Ausblicke, Dortmund, 1997
- Innovative Wohnformen für Alleinerziehende, Wanderausstellung zum Modellvorhaben des ExWoSt-Forschungsfeldes "Wohnsituation Alleinerziehender und alleinstehender Schwangerer in Notlage", Dortmund, 1997
- Frei Räume, Band 10, Neue Wege- neue Ziele, Berlin, 1998

Forum für gemeinschaftliches Wohnen im Alter (Hrsg.), 1996

Die Alternative, Rundbrief Nr. 13, Hannover

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bau und Verkehr,

Bau- und Hausgemeinschaften in Hamburg, Neue Lebensqualität für die Stadt, 2002

Friedrich-Ebert-Stiftung, 1992

Reihe Frauenpolitik Heft 8, Frauen im Lebensraum Stadt, Wohnungs- und Städtebau aus Frauenperspektive, Bonn

Gesamthochschule Kassel, 9. Offene Frauenhochschule, 1998

Workshop: Wohnen Gestern und Heute – Frauenwohnprojekte der ersten deutschen Frauenbewegung, Rebe, Sabine: Rückschritt oder Fortschritt?, Anspruch und Wirklichkeit aktueller Wohnprojekte, Kassel

Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen, 1997

FOPA e.V., Pohlmann-Rohr, Birgit; Klaus Novy-Institut, Simbringer, Angelika: Frauen bauen beraten verkaufen finanzieren entwerfen beteiligen nutzen, Düsseldorf

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen, 1999

Neue Wohnprojekte für ältere Menschen, Gemeinschaftliches Wohnen in Nordrhein-Westfalen, Beispiele und Wege zur Umsetzung, Düsseldorf

Niedersächsisches Frauenministerium (Hrsg.)

- Boljahn, Urte, Bauen und Wohnen aus Frauensicht, Alternativen im Sozialen Wohnungsbau, Hannover, 1994
- Büscher, Renate, Fricke, Ute, Sinning, Heidi: Bebbauungspläne aus Frauensicht, eine Handreichung, Hannover, 1996
- Institut für Wohnpolitik und Stadtökologie e.V., Habermann-Nieße, Klaus, Klehn, Kirsten: Soziale Gruppenbauvorhaben in Niedersachsen, Ein Leitfaden, Hannover, 1996
- Wie wohnt es sich "Frauen- und Familiengerecht"? Befunde aus der Wohnanlage Hermann-Tempel-Straße in Oldenburg, 2001

Schneider, Ulrike, 1992

Neues Wohnen - alte Rollen? Der Wandel des Wohnens aus der Sicht der Frauen, Pfaffenweiler

Stadt Nürnberg, Baureferat, Stadtplanungsamt, 1996

Gall, Ute/ Heinze, Karin / Meier, Andrea / Meisel, Elisabeth / Saymann, Brigitte / Wenninger, Susanne: Städtebauliche Kriterien für eine frauenfreundliche Planung, Nürnberg

STATTB AU Hamburg GmbH (Hrsg.),

Wohnprojekte - Baugemeinschaften - Soziale Stadtentwicklung, Das STATTB AU-Buch, 2002

Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen, Bremen, vdw (Hrsg.), o.J.

Wohnen und Bauen aus der Sicht von Familien und Frauen, Dokumentation einer gemeinsamen Tagung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales am 24. Juni 1999, Hannover

Weitere Literaturhinweise finden Sie in der Broschüre:

"Aktuelle Frauenwohnprojekte in Deutschland" – eine Dokumentation (Januar 2002), Niedersächsischen Innenministerium (Hrsg.)

Hinweise und Adressen

braunschweiger forum

Chemnitzstr.7
38118 Braunschweig
Tel. / Fax: 0531-895030
e-mail: vorstand@bs-forum.de
www.bs-forum.de

Stiftung Leben und Umwelt

Schuhstr. 4
30159 Hannover
Tel.: 0511 / 3018570
Fax: 0511 / 30185714
www.info@slu.de

Frauen Bauen Planen Wohnen

www.tu-harburg.de/b/kuehn/themen/adr.html

STATTBAU HAMBURG GmbH

Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel: 040 / 432942-0
Fax: 040 / 432942-10
www.stattbau.de
e-mail: stattbau-hh@t-online.de

Forum gemeinschaftliches Wohnen im Alter

Bundesvereinigung e.V. (FGWA)
Geschäftsstelle: Kiebitzrain 84
30657 Hannover
Tel: 0511 / 6045955
Fax: 0511 / 6044507
e-mail: fgwa@real-net.de
<http://www.wohnprojekte.de>

Friedrich-Ebert-Stiftung

Rathenaustr. 16 A
30159 Hannover
Tel. 0511 / 306622
Fax: 0511 / 306133
e-mail: fes@hannover.de

Planerinnentreffen Braunschweig

c/o plan&rat
Georg-Westermann-Allee 23 a
38126 Braunschweig
Tel: 0531 / 798203
Fax: : 0531 / 77843

**Stiftung Ländliche
Erwachsenenbildung in
Niedersachsen (LEB) e.V.**

Helene-Künne-Allee 5
38122 Braunschweig
Tel: 0531 / 2872868
Fax: 0531 / 2872867
e-mail: braunschweig@leb.de

Bildnachweise

Abbildungen und Fotos wurden uns von den jeweiligen ReferentInnen zur Verfügung gestellt außer folgende Fotos, die wir mit freundlicher Genehmigung der unten angegeben Personen oder Institutionen übernommen haben:

- S. 31 „Olga Rabiata“, Kindergarten und Grundriss: Beata Huke-Schubert, Hamburg
- S. 40 „Nimm zwei“, STATTB AU Hamburg (aus: STATTB AU-Buch)
- S. 41/42 „Buntbau“: Markus Kröger und Markus Dorf müller, Hamburg
- S. 43 „Tulipas“: STATTB AU Hamburg (aus: STATTB AU-Buch)
- S. 61 „FrauenWohnen“: Elisabeth Gerner, München

Die drei Titelfotos (von links nach rechts) sind mit freundlicher Genehmigung der HerausgeberInnen bzw. AutorInnen entnommen aus:

Wie wohnen, wenn man älter wird?

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2001, S. 16/17:
4D Design-Agentur, Bergisch-Gladbach

Neue Wohnprojekte für ältere Menschen

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW, 2000, S. 36:
Architekturbüro Reicher und Haase, Projekt Vaaler Straße Aachen

Wohnprojekte für Jung und Alt, LBS Zukunftswerkstatt, Berlin, S.35:

Wohnanlagen Lebensräume für Jung und Alt, St. Anna-Hilfe gGmbH, Württemberg

Die Fotos von den ReferentInnen machte Elisabeth Gerner, München, diejenigen auf S. 71 stammen von Elisabeth Gerner, München und Doris Noll, Braunschweig.

Wir danken allen, die uns die Erlaubnis zum Abdruck gegeben haben.

Dank

Wir danken Jörn Wagner für die Beratung in Layout- und Computerfragen bei der Herstellung dieser Dokumentation.